

Demographische und familienspezifische Funktionsbedingungen des Sozialen Sicherungssystems in Deutschland

**Zur Notwendigkeit verfassungsfester Reformen unter besonderer
Berücksichtigung der Bevölkerungsalterung, der kohorten- und
paritätsspezifischen Geburtenentwicklung, der lebenslangen Kinderlosigkeit
und der Einwanderungen aus dem Ausland**

Stellungnahme für das Bundesverfassungsgericht im Auftrag des
Verbandes kinderreicher Familien Deutschland e.V. -
(Verfassungsbeschwerde 1 BvT 2257/16)

**Prof. Dr. Herwig Birg
Berlin/Universität Bielefeld**

Berlin, 27.4.2020

Copyright/Kontakt:
Herwig.Birg@uni-bielefeld.de
www.herwig-birg.de

Inhaltsverzeichnis

I.	Zusammenfassung	4
II.	Einführung	6
III.	Ursachen der niedrigen Geburtenrate und der sinkenden Geburtenzahlen - Ansätze für eine wirksame, familienorientierte Demographiepolitik	7
IV.	„Systeminterne“ versus „systemexterne“ Reformen des Sozialen Sicherungssystems und die besondere Benachteiligung kinderreicher Familien	20
V.	Demographische Auswirkungen in Lebensbereichen außerhalb des Sozialen Sicherungssystems	25
VI.	Deutschland hat das Potential für höhere Geburtenraten zur Stabilisierung seines potentiell sichersten und stabilsten Sozialen Sicherungssystem weltweit.....	29
VII.	Fazit.....	33
VIII.	Glossar	34

Verzeichnis der Tabellen und Abbildungen

Tabellen:

Tabelle 1:	Prozentanteil der Frauen bei den Jahrgängen 1937 bis 1972 nach der Zahl ihrer Kinder	16
Tabelle 2:	Zahl der Lebendgeborenen und der Zuwanderungen aus dem Ausland, 1965 bis 2018	25

Abbildungen:

Abbildung 1:	Zusammenhang zwischen der Lebenserwartung als Maß für den Lebensstandard und der Kinderzahl pro Frau (ZFR) in den Kontinenten 1970-1975 bis 2015-2020	8
Abbildung 2:	Geburtenrate und Lebensstandard (gemessen durch die Lebenserwartung) in den 30 größten Ländern der Welt 2015-2020	9
Abbildung 3:	Der langfristige Abnahmetrend der Geburtenrate im Deutschen Reich und in der Bundesrepublik Deutschland von 1890 bis 2018	10
Abbildung 4:	Anzahl der Einwohner und der Lebensgeborenen in Deutschland von 1841 bis 2018 mit Vorausberechnungen bis 2100.....	12
Abbildungen 5:	Anteil der kinderlosen Frauen an den Geburtsjahrgängen in Prozent (bis 1970).....	14
Abbildung 6:	Anteil kinderloser Frauen zwischen 35 und 49 Jahren in ausgewählten Berufsfeldern in Prozent (MZ 2012).....	14
Abbildung 7:	Anteil der Frauen ohne Kind an allen Frauen des jeweiligen Geburtsjahrgangs nach höchstem beruflichen oder allgemeinen Bildungsabschluss in den alten Bundesländern	15
Abbildung 8:	Theoretisch erforderliche Nettoeinwanderung nach Deutschland im Zeitraum 2000-2050	32

Hinweis:

Die Stellungnahme entstand unter hohem Termindruck. Sie stützt sich auf meine Veröffentlichung in der Zeitschrift für Staats- und Europawissenschaften: "Die Gretchenfrage der deutschen Demographiewpolitik: Erneuerung der Gesellschaft durch Geburten im Inland oder durch Zuwanderungen aus dem Ausland?"(ZSE, 3/2016). Dass sie termingerecht fertig wurde, verdanke ich auch Herrn Reinhard Loos, der die Tabellen und Graphiken aktualisiert und den Text gelesen und ediert hat. Ich bin Reinhard Loos für seine Unterstützung zu großem Dank verpflichtet.

I. Zusammenfassung

Wie geht die Gesellschaft mit ihren Familien um? Die Diskussion dieser existenziellen Frage erfordert Genauigkeit und Sachverstand. Damit ist die Genauigkeit angesprochen, die Grundlage jeder Wissenschaft ist. Die vorliegende Stellungnahme kommt nicht ohne wissenschaftliche Expertisen aus. Sie muss jedoch für jeden Leser verständlich sein, nicht nur für Sachverständige und Fachwissenschaftler. Deshalb werden im Folgenden alle zentralen Begriffe, insbesondere der so einfach scheinende Begriff der „Geburtenrate“, in einem Glossar im Anhang erläutert. Ziel der Darstellung ist es, so verständlich wie möglich und so genau wie nötig zu sein.

Wie in den Nachrichten berichtet wurde, hat das Robert Koch-Institut bereits vor sechs Jahren in einem Gutachten für die Bundesregierung dargestellt, was eine Corona-Pandemie für das Gesundheitssystem bedeuten würde. Beispielsweise müsse bei der älteren Bevölkerung mit einer Mortalitätsrate von fünfzig Prozent gerechnet werden. Die Warnungen der Virologen haben die Politik nicht zu entsprechenden Vorbereitungen veranlasst, es fehlt beispielsweise an Schutzkleidung und Masken für das Gesundheitspersonal. Auch über die demographischen Probleme Deutschlands gibt es seit Jahrzehnten wissenschaftliche Untersuchungen mit dringenden Appellen an die Politik. Auch sie haben nichts bewirkt, im Gegenteil, die Politik nahm Zuflucht zu einer Art von Gegenklärung durch Desinformationskampagnen. So stellte die frühere Bundesministerin für Bildung und Forschung, Annette Schavan, das von ihr ausgerufene „*Wissenschaftsjahr 2013*“ unter das Motto „Die demographische *Chance*“. Die Ministerin unterstrich ihre Botschaft mit öffentlichen Informationsveranstaltungen und einer Wanderausstellung durch die Republik.

Der so genannte demographische Wandel bietet in der Tat die große Chance, die Sozialen Sicherungssysteme mit der Verfassung in Übereinstimmung zu bringen bzw. sie „verfassungsfest“ zu reformieren. Stattdessen verfolgt die Politik das Ziel, die Gesellschaft „demographiefest“ zu machen. Eine demographiefeste Gesellschaft anzustreben ist jedoch genauso zum Scheitern verurteilt wie es der Versuch wäre, die Gesellschaft „mathematikfest“ zu machen. Denn die wegen einer zu niedrigen Geburtenrate nicht Geborenen können keine Kinder gebären, erziehen und ausbilden, um als Erwerbstätige das Soziale Sicherungssystem am Leben zu erhalten, nicht einmal in einer mathematikfesten Gesellschaft.

Die niedrige Geburtenrate und die daraus folgende Schrumpfung der nachrückenden Jahrgänge ist der Hauptgrund für die bis in die zweite Hälfte des Jahrhunderts zunehmende und irreversible Alterung der Bevölkerung mit ihren zahllosen, unausweichlichen Auswirkungen auf Wirtschaft und Gesellschaft. Es ist immer noch zu wenig bekannt, dass die Bevölkerungsalterung in erster Linie auf der niedrigen Geburtenrate beruht und von der erfreulichen Zunahme der individuellen Lebenserwartung als ein weiterer Faktor nur verstärkt wird. Die Lebens-

erwartung der Männer beträgt heute 78,5, die der Frauen 83,3 Jahre, und sie wächst nach Vorausberechnungen des Statistischen Bundesamtes bis 2060 bei den Männern auf 84,4 und bei den Frauen auf 88,1 Jahre.¹

Eine besondere Auswirkung der Alterung als Folge der niedrigen Geburtenrate zeigt sich gegenwärtig in der Corona-Krise: Das Mortalitätsrisiko der älteren Bevölkerung ist wesentlich höher als das der Allgemeinbevölkerung. Wenn Politiker den demographischen Wandel in erster Linie als eine Chance betrachten, dann sollte ihnen bewusst sein, dass der schon vor der Pandemie bekannte, extreme Mangel an Pflegekräften, insbesondere in den Intensivstationen der Krankenhäuser, ebenso wie der Personalmangel in fast allen Sektoren der Wirtschaft auf der zu geringen Zahl an Geburten beruht. Dabei lässt sich der Rückgang der Zahl der Auszubildenden nicht durch Lohnerhöhungen stoppen. Zwischen der Corona-Pandemie und der demographischen Krise besteht ein wesentlicher Unterschied: Anders als bei den versäumten Gesundheitsreformen lassen sich die Folgen des Geburtenrückgangs später nicht mehr durch nachholende Demographiereformen mildern. Denn ausgefallene Geburten führen eine Generation später *zwangsläufig* zu weniger Eltern, so dass die Geburtenzahl abermals abnimmt usf., und zwar auch dann, wenn die Geburtenrate (Kinderzahl pro Frau, Zusammengefasste Geburtenziffer bzw. Total Fertility Rate) gleichbleiben oder leicht zunehmen würde (= Domino-Effekt bzw. Momentum bzw. Trägheit der demographischen Schrumpfung).

Bis zum Ende der 1990iger Jahre galt der später so genannte demographische Wandel noch als ein zentrales Problem. Damals wäre kein verantwortlicher Politiker auf die Idee gekommen, ihn als eine Chance zu preisen. Heute stellt der demographische Wandel aus der Sicht der meisten Politiker kein Problem mehr dar, für sie ist er eine willkommene Gelegenheit zur Modernisierung und zur Umgestaltung Deutschlands zu einer „demographiefesten“ Gesellschaft. Eine Demographiewpolitik mit dem Ziel, zu einer gesellschaftlich nachhaltigen Geburtenrate zurückzukehren, wurde niemals konzipiert oder auch nur diskutiert, auch nicht indirekt in Form einer demographischen Sozialpolitik zugunsten der Familien mit Kindern. Die Politik verhält sich nach dem Motto: *Wo keine Lösung ist, ist kein Problem.*

Ein großer und wachsender Teil der nachrückenden Jahrgänge, mittlerweile ist es ein Viertel bis ein Drittel, bleibt zeitlebens ohne Kinder und genießt das große Privileg, im Alter als Rentner, Kranker oder Pflegebedürftiger im Sozialen Sicherungssystem versorgt zu sein, ohne den „generativen Beitrag“ geleistet zu haben, den die Familien mit Kindern, insbesondere die kinderreichen Familien, erbracht haben, indem sie die späteren Beitragszahler des Sozialen Sicherungssystems zur Welt gebracht, erzogen und ausgebildet haben. Das Versorgungsprivileg zu Lasten der Familien mit Kindern, insbesondere der kinderreichen Familien, ist nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Gesetzlichen Pflegeversicherung (2001), in dem der Begriff des „generativen Beitrags“ in die Debatte eingeführt wurde, verfassungswidrig. Die Abschaffung des Privilegs mittels einer Reform, die das Soziale Sicherungssystem „verfassungsfest“ macht,

sollte als die eigentliche, dem demographischen Wandel innewohnende Chance genutzt werden, nämlich als die *Chance der Politik*, ein „verfassungsfestes“ Soziales Sicherungssystem zu schaffen. Das neue Soziale Sicherungssystem wäre das Ergebnis einer neuen Demographiepoltik auf der Grundlage der Verfassung. Diese Politik würde nach den Erkenntnissen der Bevölkerungswissenschaft die Geburtenrate erhöhen, indem ihre Maßnahmen an der Wurzel der demographischen Krise ansetzen.²

Die Existenz der Familien, die demographische Basis der Gesellschaft und das Soziale Sicherungssystem bilden eine untrennbare Einheit. Sie sind als Grundpfeiler und Garant der sozialen Gerechtigkeit und zugleich die entscheidende Bedingung für den sozialen Frieden und eine wesentliche Funktionsbedingung unserer Demokratie. Die Alterung und Schrumpfung der Bevölkerung in Deutschland werden sich in den kommenden Jahrzehnten auch dann noch weiter verstärken, wenn die Auswirkungen der Pandemie längst überwunden sind. Die Bevölkerungsprobleme sind weit bedrohlicher als die gegenwärtige Pandemie. Ihnen muss endlich durch eine verfassungsfeste Reform des Sozialen Sicherungssystems begegnet werden.

Inzwischen sind alle mit der demographischen Entwicklung zusammenhängenden Fragen in Deutschland so stark tabuisiert, dass das Grundproblem im politischen Raum praktisch nicht mehr diskutiert wird; es ist nur noch von den zahllosen Auswirkungen und den Chancen des demographischen Wandels die Rede. Wer sich trotzdem mit den Ursachen auseinandersetzt, gerät unter die Quarantäne von Politik und Medien. Die beiden 1980 neu geschaffenen Lehrstühle für Bevölkerungswissenschaft bzw. Demographie an den Universitäten Bielefeld und Bamberg wurden nach 25 Jahren im Zuge der Emeritierung der Lehrstuhlinhaber nicht mehr neu besetzt und abgeschafft. Gleichzeitig schuf die Politik Dutzende neuer Lehrstühle für Genderpolitik. Die folgende Argumentation fußt auf den in den vergangenen Jahrzehnten von der Bevölkerungswissenschaft und Demographie erarbeiteten, größtenteils noch wenig bekannten Erkenntnissen.

II. Einführung

Die Schlüsselfrage jeder Gesellschaft mit einer Geburtenrate von deutlich unter zwei Kindern je Frau lautet: Sollen die durch Tod ausscheidenden Mitglieder der Gesellschaft und der schrumpfende Nachwuchs überhaupt durch Geburten im Inland erneuert werden, oder lässt sich die Nachwuchssicherung auf Dauer genauso gut mittels Zuwanderungen aus dem Ausland bewerkstelligen?

Es gibt mathematische Beweise, dass die Summe der wirtschaftlichen Belastungen der mittleren Generation durch ihre noch nicht erwerbstätigen Kinder sowie ihre nicht mehr erwerbstätigen Eltern genau dann am niedrigsten ist, wenn jede Frau im Durchschnitt zwei Kinder zur Welt bringt. In diesem Fall sind keine Einwanderungen erforderlich, um die dauernde Schrumpfung der nachwach-

senden Generationen und der Gesellschaft als Ganzes zu kompensieren. Schon aus diesen Gründen kann die Zuwanderung nicht das beste Mittel zur Lösung der demographischen Probleme Deutschlands sein, zumal auch die nach Deutschland zugewanderten Populationen im Mittel eine Geburtenrate von unter zwei Kindern je Frau haben, so dass auch sie ohne immer neue Zuwanderungen ebenfalls schrumpfen würden. Mathematische und logische Argumente haben für die Politik erfahrungsgemäß in mancher Hinsicht eine geringe oder gar keine Bedeutung. Deshalb wird hier auf die Wiederholung der veröffentlichten mathematischen Beweise verzichtet.³ Stattdessen konzentriert sich die folgende Argumentation auf eine Reihe zusätzlicher Argumente, die allesamt für eine Erhöhung der Geburtenrate als beste Lösung sprechen.

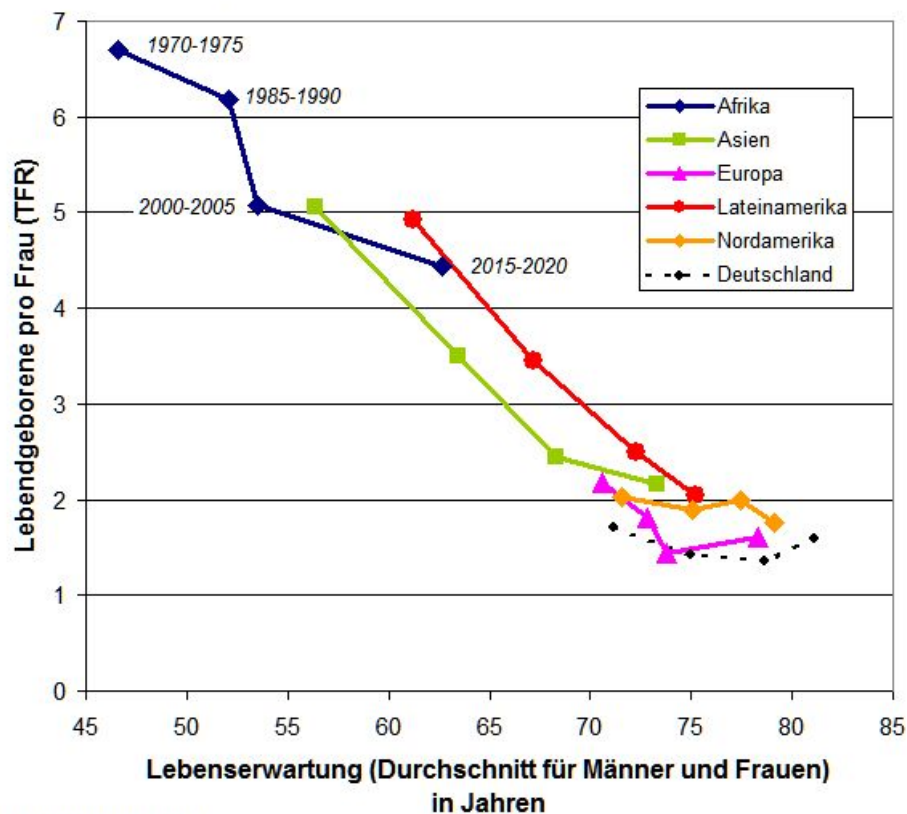
III. Ursachen der niedrigen Geburtenrate und der sinkenden Geburtenzahlen

- Ansätze für eine wirksame, familienorientierte Demographiepolitik

Europa hat die niedrigste Geburtenrate aller Kontinente, und innerhalb Europas ist es Deutschland, das seit einem halben Jahrhundert einen der untersten Plätze einnimmt. Bei oberflächlicher Betrachtung scheint dies paradox, denn von den Mitgliedern einer in Wohlstand lebenden Gesellschaft wäre eigentlich zu erwarten, dass sie ihre vergleichsweise reichlichen Ressourcen nicht nur für den Konsum von Gütern, sondern auch zur Erfüllung von Kinderwünschen verwenden, zumal die Weitergabe und der Schutz menschlichen Lebens in unserer christlich geprägten Kultur und in unserer Verfassung ein hoher Wert ist, der schwerlich durch einen noch höheren Wert begründet werden kann.

Bei näherer Betrachtung ist der in Industrie- und Entwicklungsländern gleichermaßen zu beobachtende gegenläufige Zusammenhang zwischen dem Niveau des Lebensstandards einerseits und der Geburtenrate andererseits jedoch nicht paradox, sondern sogar eher folgerichtig. Es gibt heute keine Gesellschaft mehr, die diesem Zusammenhang entrinnen konnte: Je höher der Entwicklungsstand eines Landes, messbar beispielsweise durch die Lebenserwartung (**Schaubilder 1 und 2**), desto höher sind die entgangenen Einkommen bei einem Verzicht der Frauen auf Erwerbsarbeit zugunsten von Familienarbeit und der Erziehung von Kindern (sogenannte „Opportunitätskosten“ von Kindern), und desto niedriger ist die Geburtenrate. Auch die Erwartung künftiger Steigerungen des Pro-Kopf-Einkommens könnte daher eher eine weitere Abnahme statt einer Erhöhung der Geburtenrate bewirken. Ein aussagekräftiges Beispiel für diese nur auf den ersten Blick paradoxe Logik ist der drastische Rückgang der Geburtenrate nach der Wiedervereinigung in den neuen Bundesländern von 1,8 in der früheren DDR auf 0,7 Lebendgeborene je Frau – trotz der gleichzeitigen Vervielfachung des realen Pro-Kopf-Einkommens der Frauen, gerechnet in DM.

Schaubild 1: Zusammenhang zwischen der Lebenserwartung als Maß für den Lebensstandard und der Kinderzahl pro Frau (TFR) in den Kontinenten 1970-1975 bis 2015-2020

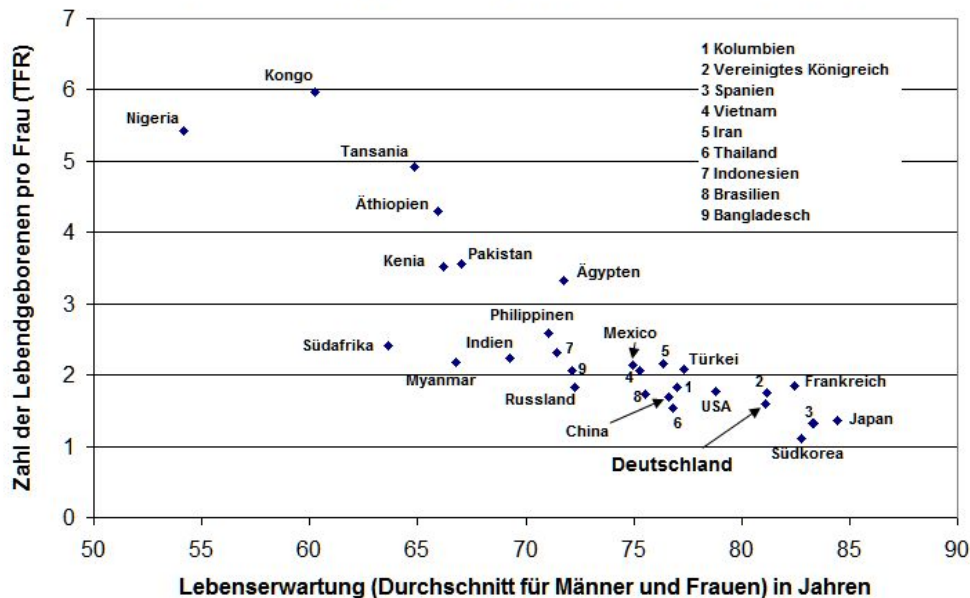


H. Birg / R. Loos, 2020

Datenquelle: UN, World Population Prospects 2019

Eine differenzierte Erklärung für die mit steigendem Wohlstandsniveau abnehmende Geburtenrate habe ich in meiner biographischen Theorie der Fertilität entwickelt⁴: In Wirtschaftsgesellschaften mit dynamischen Arbeitsmärkten sind die Individuen zu einer hohen beruflichen Mobilität und Flexibilität gezwungen, sie müssen irreversible, mobilitätshemmende biographische Festlegungen im Lebenslauf vermeiden, zu denen in erster Linie Bindungen an Lebenspartner oder die lebenslangen Verpflichtungen aus der Elternschaft gehören. Andernfalls laufen sie Gefahr, ihre Konkurrenzfähigkeit auf den Arbeitsmärkten durch ihre geringere Mobilität aufs Spiel zu setzen. Deshalb wird die Verwirklichung von Kinderwünschen zunächst auf ein höheres Alter aufgeschoben, dann aber häufig ganz aufgegeben. Die auf die Individuen einwirkenden Zwänge zur Anpassung ihrer Biographien an die permanente Dynamik der Arbeitsmärkte und die daraus folgenden Veränderungen von Wirtschaft und Gesellschaft sind systemimmanent und ohne einen radikalen Umbau der modernen Wirtschaftsgesellschaften unaufhebbar.

Schaubild 2: Geburtenrate und Lebensstandard (gemessen durch die Lebenserwartung) in den 30 größten Ländern der Welt 2015-2020



H. Birg / R. Loos 2020

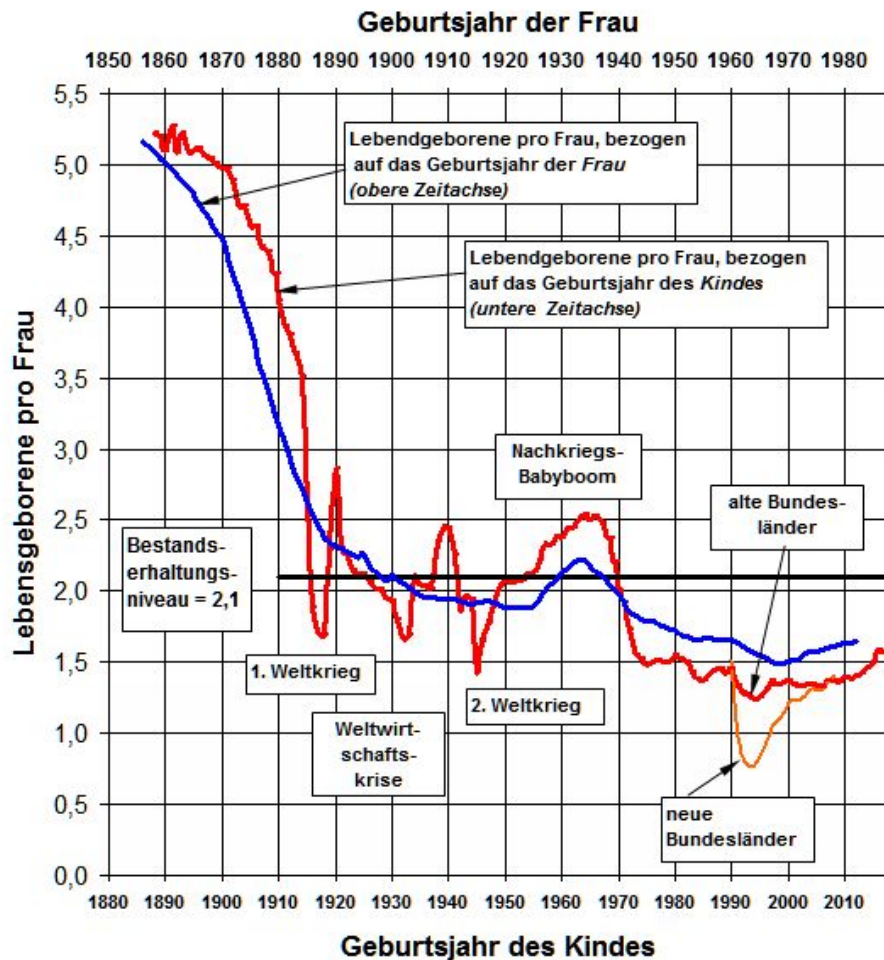
Datenquelle: UN, World Population Prospects 2019

Um auf die gefährlichen Konsequenzen dieses Befundes aufmerksam zu machen, habe ich für den gegenläufigen Zusammenhang zwischen Lebensstandard und Fertilitätsniveau den Ausdruck „demographisch-ökonomisches Paradoxon“ verwendet.⁵ Wie unaufhaltsam und folgenreich die damit verbundene Entwicklung ist, lässt sich an diesen Fakten erkennen: Mit dem Anstieg des allgemeinen Entwicklungsniveaus der Weltbevölkerung, messbar beispielsweise durch den Anstieg ihrer Lebenserwartung, sank die Geburtenrate der Weltbevölkerung von 4,9 Lebendgeborenen je Frau im Zeitraum 1955-60 auf 2,5 im Zeitraum 2015-20. Die Tendenz ist weiterhin fallend.

Ist die Geburtenrate in Deutschland in jüngster Zeit wieder gestiegen? Diese Behauptung wurde vom Familienministerium mit Hinweis auf die Daten der letzten Volkszählung (Zensus) von 2011 verbreitet. Stimmt das? In der Demographie wird die Geburtenrate auf zwei verschiedene Weisen berechnet. Zum einen wird sie getrennt für jedes Kalenderjahr ermittelt, indem die sogenannte Querschnittsmethode angewendet wird. Das Ergebnis ist die *Zusammengefasste Geburtenziffer* bzw. *Total Fertility Rate*, TFR. Zum anderen wird sie getrennt für jeden Geburtsjahrgang berechnet, indem die sogenannte Längsschnittsmethode zugrunde gelegt wird. Das Ergebnis ist die *kohortenspezifische Geburtenrate* bzw. *Cohort Fertility Rate*, CFR. Wenn man mit demographischen Analysen und Methoden nicht vertraut ist, kann man den Sinn und die große Bedeutung dieser beiden grundverschiedenen Messkonzeptionen, die Methode der Querschnittsanalyse und die Methode der Längsschnittsanalyse, nicht ohne weiteres nachvollziehen. Da beide Meßmethoden für Deutschland das gleiche Ergebnis erbringen - einen klaren langfristigen Abnahmetrend der Geburtenrate (**Schaubild 3**) -, soll

hier auf einen Exkurs über Methodenfragen der Fertilitätsmessung verzichtet werden.

Schaubild 3: Der langfristige Abnahmetrend der Geburtenrate im Deutschen Reich und in der Bundesrepublik Deutschland von 1890 bis 2018



Quelle: Herwig Birg, Die demographische Zeitenwende, 4. Aufl. München 2005; aktualisiert von H. Birg und R. Loos mit Daten des Statistischen Bundesamtes.

Beiden Definitionen der Geburtenrate ist gemeinsam, dass sie als Bruch berechnet werden. In beiden Fällen steht im Zähler die Zahl der lebend geborenen Kinder, im Nenner die Zahl der Frauen im gebärfähigen Alter (Altersjahre 15 bis 49, die Altersjahre 50 u.m. fallen statistisch nicht ins Gewicht). Beim Zensus von 2011 stellte sich heraus, dass die Zahl der Frauen im gebärfähigen Alter deutlich niedriger ist als zuvor vom Statistischen Bundesamt mit der Methode der Bevölkerungsfortschreibung für das Jahr 2011 berechnet worden war. Die Methode der Bevölkerungsfortschreibung geht bei der Berechnung der Bevölkerungszahl für ein bestimmtes Kalenderjahr von den Zahlen der meist lange zurückliegenden, letzten Volkszählung aus, in Deutschland fand diese 1987 (Westen) bzw. 1990 (Osten) statt. Seit der Volkszählung von 1987 bzw. 1990 sind viele der aus dem

Ausland zugezogenen Frauen und Männer wieder in ihre Herkunftsländer zurückgekehrt, ohne dass sich alle bei den Meldeämtern abmeldeten. Deshalb waren Hunderttausende bis zum Jahr 2010 immer noch in den amtlichen Bevölkerungszahlen enthalten, obwohl sie nicht mehr hier lebten. Um diesen Fehler zu beseitigen, wurde die Zahl der Frauen im Nenner der Geburtenrate nach unten korrigiert. Die Verkleinerung des Nenners erhöht automatisch den Wert des Bruches, also die Geburtenrate. Dass die so korrigierte Geburtenrate zwischen 2010 und 2013 auf dem Niveau von 1,37 praktisch unverändert blieb, widerspricht der damals vom Familienministerium behaupteten Trendwende der Geburtenrate.

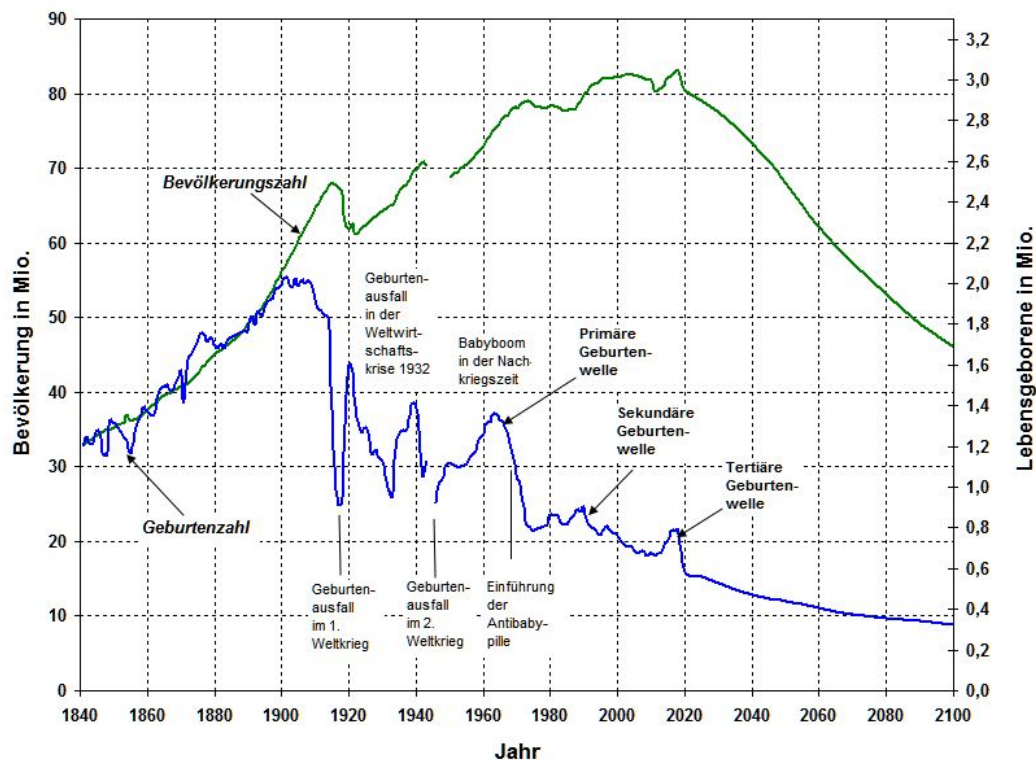
Auch das Jahr 2018 weist mit 1,57 Lebendgeborenen pro Frau eine höhere Geburtenrate auf als das Jahr 2010 vor der letzten Volkszählung (1,39). Der Anstieg bedeutet keine Änderung des Fortpflanzungsverhaltens bzw. keine Trendwende, denn die Geburtenrate schwankt schon seit Jahrzehnten in dem relativ engen Intervall um rund 1,4 Lebendgeborenen pro Frau, und auch die Geburtenrate des Jahres 2018 liegt fast innerhalb dieses Korridors. Auch die Geburtenrate von Müttern mit ausländischer Staatsangehörigkeit zeigt keine steigende Tendenz. Um von einer Trendwende sprechen zu können, müsste die Geburtenrate mehrere Jahre hintereinander zunehmen und auf beispielsweise 1,6 oder mehr ansteigen, was jedoch nicht der Fall ist. Wegen der hohen Zuzüge von Flüchtlingen im Jahr 2015 erreichte die Geburtenrate im Jahr 2016 ihren bisher höchsten Wert (1,59), aber schon 2017 und 2018 sank sie wieder auf 1,57.

Dass die **absolute Geburtenzahl** in letzter Zeit vorübergehend anstieg, ist erst recht kein Beleg für einen Wandel des Fortpflanzungsverhaltens bzw. eine Trendwende. Denn der Anstieg von 682 000 Lebendgeborenen im Jahr 2013 auf 715 000 im Jahr 2014 bzw. 738 000 im Jahr 2015 beruht darauf, dass jetzt die Enkel der Babyboomer (= geburtenstarke Jahrgänge der 1960iger Jahre mit damals mehr als einer Million Geburten pro Jahr) zur Welt kommen. Weil es sich bei den Babyboomern um große Jahrgänge handelt, brachten sie viele Kinder zur Welt, und ebenso ist es bei deren Kindern, den heute geborenen Enkeln. Es handelt sich hier also um eine typische demographische Wellenbewegung: Viele Eltern = viele Kinder = viele Enkel = viele Urenkel usw., wobei die Höhe der Wellenberge von Generation zu Generation stark abnimmt, so dass schon der dritte Wellenberg normalerweise kaum noch zu erkennen ist. In Deutschland ist aber der dritte Wellenberg größer als der zweite, weil im Zuge der Flüchtlingskrise besonders viele Frauen zuzogen und Kinder zur Welt brachten (**Schaubild 4**). Dennoch ist die absolute Geburtenzahl - trotz der in ihr enthaltenen Nachkommen der Babyboomer und trotz der zuwanderungsbedingt gestiegenen Geburtenzahl - bereits im Jahr 2019 wieder gesunken und wird mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit abnehmen, worauf auch das Statistische Bundesamt dankenswerter Weise hinwies, ohne dass dies von Politik und Medien zur Kenntnis genommen wurde⁶

In den neuesten Zahlen deutet sich an, dass die Fortsetzung der langfristigen Abnahme der Geburtenzahl nach 2020 infolge der in der Vergangenheit vorpro-

grammierten, nicht mehr änderbaren Tatsache der kleiner werdenden Frauenjahrgänge bereits begonnen hat. So stieg die Geburtenzahl von 2015 bis 2016 zwar nochmals von 738 000 auf 792 000, aber im Jahr 2017 sank sie bereits wieder auf 785 000. Dabei sind in der Geburtenzahl des Jahres 2017 eine große Zahl von Kindern enthalten, deren Mütter 2015 und danach im Zuge der großen Flüchtlingsströme zugewandert waren, beispielsweise 20 099 Kinder von Müttern mit syrischer Staatsangehörigkeit, ferner 17 397 Kinder von Müttern mit rumänischer oder bulgarischer Staatsangehörigkeit sowie 20 989 Kinder von Müttern mit türkischer Staatsangehörigkeit. Zieht man allein diese Geburten von zugewanderten Müttern ab - hinzu kommen weitere zugewanderte Mütter mit ausländischer Staatsangehörigkeit -, ist die Geburtenzahl im Jahr 2017 um rund 60 000 niedriger.⁷ Auch die Geburtenrate sank trotz der Kinder der Zugewanderten von 1,59 Geburten je Frau im Jahr 2016 auf 1,57 in den Jahren 2017 und 2018.

Schaubild 4: Anzahl der Einwohner* und der Lebendgeborenen in Deutschland von 1841 bis 2018 mit Vorausberechnungen bis 2100**



* Von 1841 bis 2017 Bevölkerung am 31.12. eines Jahres, von 2000 bis 2100 mittlere Bevölkerung eines Jahres.

** Von 1841 bis 1943 Reichsgebiet, von 1946 bis 1990 Deutschland insgesamt (BRD + DDR).

Datenquelle: Daten von 1841 bis 2018: Statistisches Bundesamt.

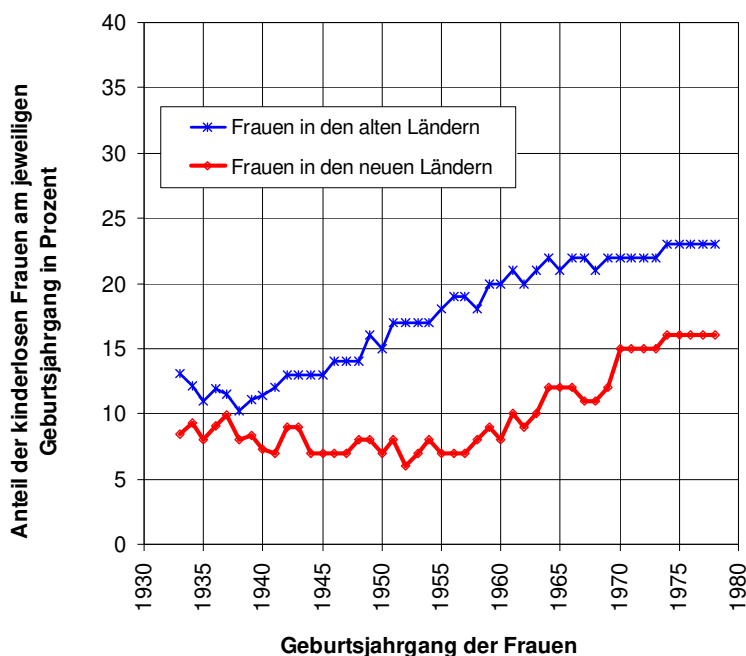
Daten von 2020 bis 2100: Birg, H./ Flöthmann, E.-J.: "Demographische Projektionsrechnungen für die Rentenreform 2000 - Methodischer Ansatz und Hauptergebnisse", Materialien des IBS der Universität Bielefeld, Bd. 47A, Bielefeld 2001 (Variante 5), aktualisiert durch R. Loos.

Eine höhere Geburtenrate in Deutschland und Europa sollte aus zwei völlig unterschiedlichen Gründen angestrebt werden. Erstens gilt es, die demographische Schrumpfung der europäischen Länder zu stoppen, um das politische und wirtschaftliche Gewicht Europas im Prozess der Globalisierung und des internationalen Wettbewerbs zu bewahren. Zweitens wird jetzt der Grundsatz jeder demo-

kratischen Verfassung – die Gleichheit aller vor dem Gesetz – verfehlt, denn durch die niedrige Geburtenrate – insbesondere durch den hohen Anteil der Menschen an einem Jahrgang, der zeitlebens kinderlos bleibt – spaltet sich die Gesellschaft immer weiter in zwei Teilgesellschaften mit bzw. ohne Nachkommen. Dabei werden kinderlose Menschen dadurch privilegiert, dass ihnen praktisch die gleichen Rechte auf Versorgung im Alter zustehen, ohne Kinder erzogen zu haben, deren spätere Beiträge zur Gesetzlichen Renten- Kranken- und Pflegeversicherung erst die Voraussetzung dafür bilden, dass auch die kinderlos gebliebenen Menschen im Alter versorgt werden können.

Die in der Öffentlichkeit immer noch weitgehend unbekannt Hauptursache der niedrigen Geburtenrate besteht darin, dass sich in den vergangenen Jahrzehnten der Prozentanteil der zeitlebens kinderlos bleibenden Frauen (und Männer) an den verschiedenen Jahrgängen von früher weniger als 10 Prozent bis heute mehr als verdoppelt hat, er liegt jetzt bei einem Viertel bis einem Drittel. Der Anteil kinderloser Menschen ist bei den einzelnen Bevölkerungsgruppen sehr unterschiedlich, am größten ist er bei den nicht zugewanderten Frauen in den alten Bundesländern (über 30 Prozent). Bei den Frauen in den neuen Bundesländern und bei den Frauen mit Migrationshintergrund ist er nur halb so groß wie bei den deutschen Frauen im Westen (**Schaubilder 5a und 5b**). Dabei bleiben Frauen mit hoher beruflicher Qualifikation bis zu zehnmal häufiger kinderlos als gering Qualifizierte (**Schaubild 6**).

Schaubild 5a: Anteil der kinderlosen Frauen an den Geburtsjahrgängen in Prozent (bis 1978)



Quelle: H. Birg, 2020

Daten: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus 2018; R. Loos 2020

Schaubild 5b: Anteil der kinderlosen Frauen an den Geburtsjahrgängen in Prozent (bis 1970)

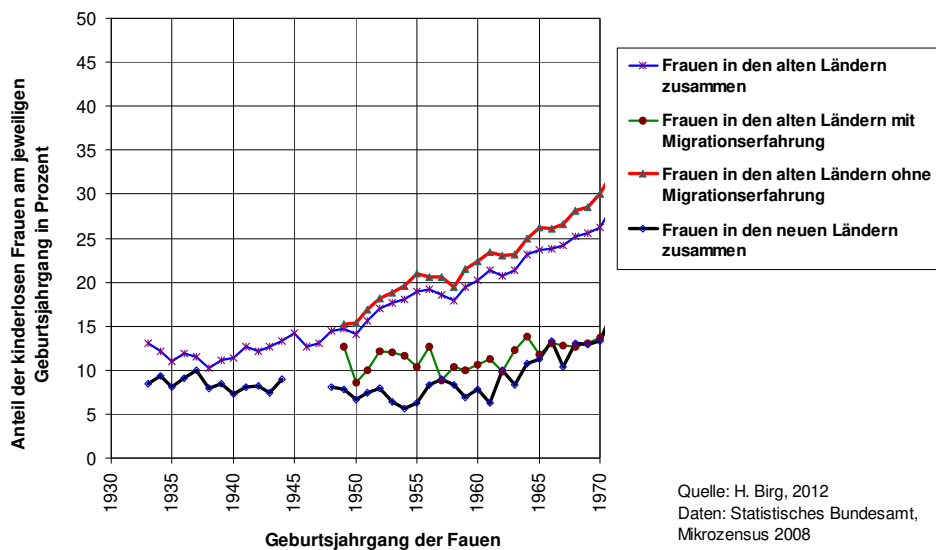
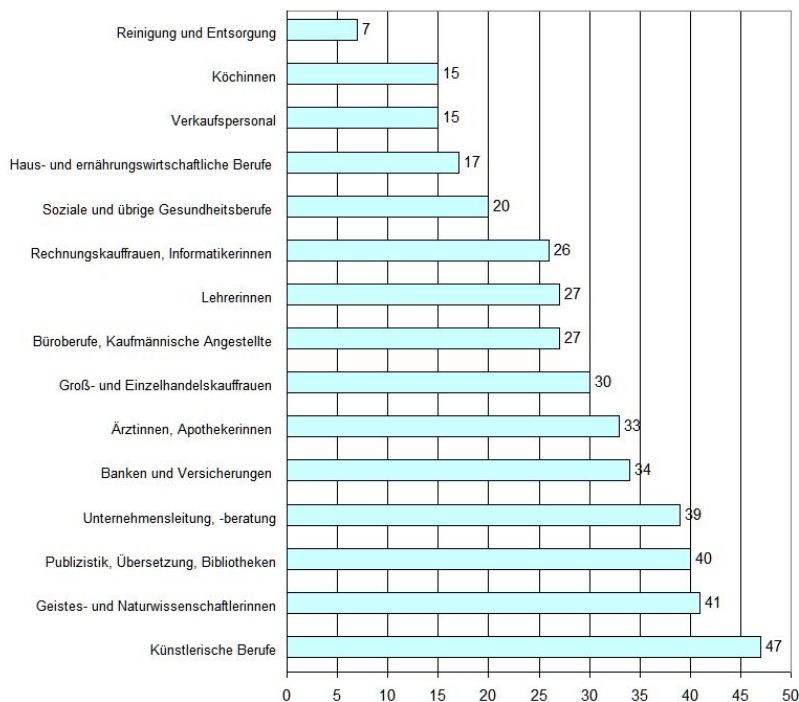


Schaubild 6: Anteil kinderloser Frauen zwischen 35 und 49 Jahren in ausgewählten Berufsfeldern in Prozent (MZ 2012)

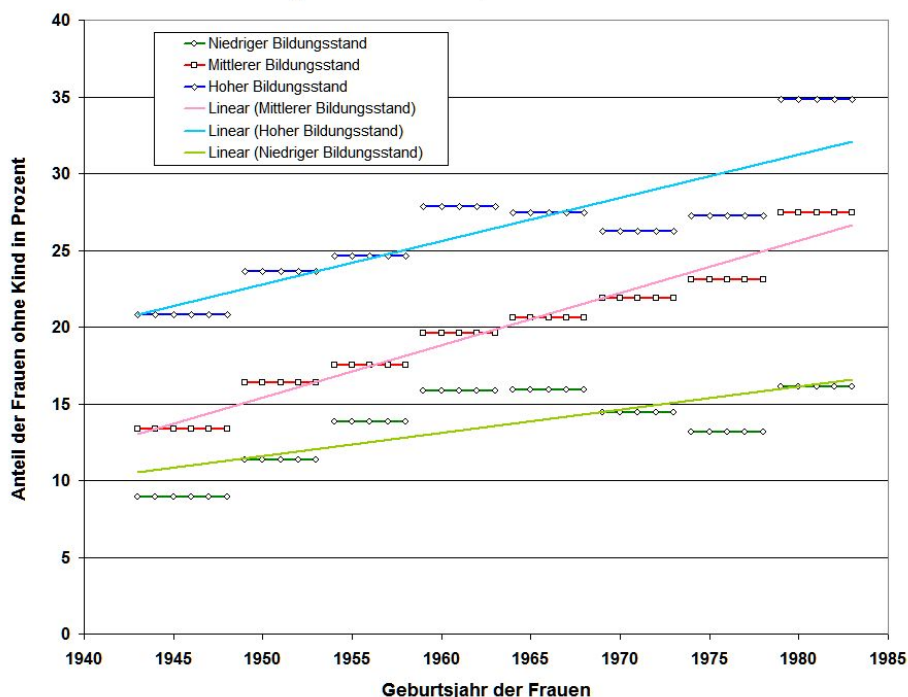


Quelle: H. Birg, Die alternde Republik und das Versagen der Politik, Berlin 2015, S. 50.

Wichtig ist, dass bei allen Berufsgruppen, sowohl bei den niedrig und mittel qualifizierten als auch bei den hochqualifizierten Frauen, ein kontinuierlicher, stabiler Trend zu höherer Kinderlosigkeit besteht (**Schaubild 7**).⁸ Daraus lässt

sich schließen, dass die allgemeine Kinderlosigkeit mit dem weiteren Anstieg des allgemeinen beruflichen Qualifikationsniveaus ebenfalls weiter zunehmen wird. Weil ein höheres Qualifikationsniveaus allgemein erwünscht und politisch gefördert wird, ist es unlogisch und unbegründet, wenn viele Kommentatoren eine Umkehr des Trends in der langfristigen Abwärtsentwicklung von Geburtenrate und Geburtenzahl erwarten.

Schaubild 7: Anteil der Frauen ohne Kind an allen Frauen des jeweiligen Geburtsjahrgangs nach höchstem beruflichen oder allgemeinen Bildungsabschluß in den alten Bundesländern



Quelle: H. Birg, 2020
Daten: Mikrozensus 2018.

Es ist von entscheidender gesellschaftspolitischer Bedeutung, dass die Geburtenrate bei derjenigen Gruppe von Menschen, die trotz des allgemeinen Trends zu steigender Kinderlosigkeit dennoch Kinder haben, seit Jahrzehnten konstant ist und auch heute noch den idealen Wert von rund zwei Kindern je Frau hat.⁹ Der Gesamtdurchschnitt der Geburtenrate liegt seit Jahrzehnten im Intervall zwischen 1,2 und 1,4 Lebendgeborenen pro Frau.

Das niedrige Gesamtniveau der Geburtenrate beruht rechnerisch in erster Linie auf dem großen Anteil kinderloser Menschen an der Gesamtbevölkerung und wesentlich weniger darauf, dass die Zahl der großen Familien mit drei, vier oder mehr Kindern abgenommen hat (**Tabelle 1**). Das Statistische Bundesamt hat in einer nach Jahrgängen untergliederten Analyse des Prozesses der Familienbildung und Erweiterung sogar eine nicht vermutete, große Konstanz im Familienbildungsverhalten der einzelnen Jahrgänge festgestellt, die umso erstaunlicher ist, als das generative Verhalten sich von Kohorte zu Kohorte geradezu dramatisch

änderte. Das Fazit lautet: „Insgesamt hat sich im kohortenspezifischen Verhalten zur Familiengründung und Erweiterung deutlich weniger getan, als dies mit einem flüchtigen Blick hätte vermutet werden können. Das Verhalten der Familiengründung und Erweiterung zeigt ... mehr Kontinuität als Wandel.“¹⁰

Tabelle 1: Prozentanteil der Frauen bei den Jahrgängen 1937 bis 1972 nach der Zahl ihrer Kinder

Jahrgang (Alter 2012)	0 Kinder	1 Kind	2 Kd.	3 Kd.	4 u.m. Kd.	Ohne Angabe
1968-1972 (40-44)	22,4	23,0	34,2	11,0	4,2	5,2
1963-1967 (45-49)	20,0	23,2	35,4	11,4	4,2	5,7
1958-1962 (50-54)	17,6	22,7	37,9	12,5	4,8	4,5
1953-1957 (55-59)	15,9	24,3	39,4	12,4	5,2	2,8
1948-1952 (60-64)	13,9	26,7	39,5	13,1	5,3	1,5
1943-1947 (65-69)	11,8	26,2	40,2	14,4	6,3	1,1
1937-1942 (70-75)	11,4	22,9	37,1	17,4	10,2	0,8

Quelle: H. Birg, Berechnungen nach Daten aus „Geburten, Kinderlosigkeit und Familien, Ergebnisse des Mikrozensus 2012“, Tab. 3.1.

Die in **Tabelle 1** dargestellten Fakten zeigen zweierlei:

1. Die Ein-Kind-Familie ist *nicht* die typische Familienform in Deutschland, am häufigsten ist nach wie vor die Zwei-Kind-Familie.
2. Der Anstieg der Kinderlosigkeit ist rein quantitativ von größerer Bedeutung für die niedrige Geburtenrate als der Rückgang des Anteils der großen Familien. Deshalb kann die abnehmende Zahl großer Familien nicht als Hauptursache der niedrigen Geburtenrate interpretiert werden. Bei den jüngeren Jahrgängen ist der Anteil der Kinderlosen bereits fünfmal so hoch wie der Anteil der Familien mit 4 und mehr Kindern! Damit Eltern viele Kinder haben können, müssen sie zuvor ein erstes Kind zur Welt gebracht haben, d.h. der Schritt von einem Leben ohne Kinder zur Elternschaft ist die entscheidende Bedingung auch für die Existenz von großen Familien.

Was ist für eine Erhöhung der Geburtenrate wichtiger: Dass sich der Anteil der Kinderlosen an einem Jahrgang verringert - oder dass sich der Anteil und die Geburtenrate der Frauen mit drei, vier und mehr Kindern erhöht? Der Geburtenrückgang begann 1965 zunächst mit einer starken Abnahme der Geburtenzahl von Frauen mit 4 und mehr Kindern. So sank die Zahl der Geburten von vierten und weiteren Kindern (auf 1000 Frauen) von der Generation von 1935 bis zur Generation von 1950 um 66,3 Prozent. Dies spricht zunächst für eine größere Bedeutung der kinderreichen Familien. Aber ab der Generation von 1939 begann sich die Abnahme der Geburtenhäufigkeit dritter Kinder zu beschleunigen und ab der Generation von 1946 die der zweiten Kinder. Wichtig ist, dass sich das Geburtenziffernmuster, also der Gipfel der typischen glockenförmigen Kurve der 35 verschiedenen, so genannten altersspezifischen Geburtenziffern, die über die

Altersjahre von 15 bis 49 verteilt sind, bei allen Kurven, also sowohl für die Kurven der Geburten für erste als auch zweite, dritte und weitere Kinder, zunächst in ein jüngeres Alter vorverlagerte, anschließend aber wieder zu einem höheren mittleren Gebäralter rückverlagerte. Die nach ersten, zweiten, dritten und weiteren Kindern unterteilten Kurven werden in der Fachwelt als ordnungs- und altersspezifische Geburtenziffernmuster bezeichnet. Gleichzeitig mit der Vor- und der späteren Rückverlagerung der Gipfel dieser Muster verringerte sich das Niveau der Kurven bei allen Ordnungsziffern, d. h. die Kurven wurden flacher. Alle Veränderungen summierten sich zu einem überaus starken Rückgang der Geburtenzahlen.¹¹

Angesichts der komplexen Veränderungen kann die Frage - was ist für eine Erhöhung der Geburtenrate wichtiger, die Verringerung der Kinderlosigkeit oder die Erhöhung des Anteils kinderreicher Familien - nur durch die Anwendung von mathematischen Methoden beantwortet werden, die stets auf bestimmten Annahmen beruhen. Die Wahl der Methode bestimmt dann das Ergebnis, wobei niemand weiß, ob die Annahmen der gewählten Methode zutreffen oder die Annahmen einer anderen Methode. Die Folge ist, dass das erzielte Ergebnis als willkürlich betrachtet werden kann bzw. muss, auch wenn es mittels strenger mathematischer Methoden abgeleitet wurde.¹²

Eine detaillierte Untersuchung der Familienbildung und Erweiterung, die sich auf Daten aus 1500 individuellen Lebensläufen ausgewählter Kohorten und Regionen mit jeweils Tausenden von Daten stützt, führt zu folgendem Ergebnis: Wenn potentielle Eltern den Schritt zur Elternschaft durch ein erstes Kind wagen, dann ist die Wahrscheinlichkeit für ein zweites Kind und für weitere Kinder relativ hoch. Bei Frauen mit drei Kindern ist die Wahrscheinlichkeit für die Geburt eines vierten Kindes ab dem Alter 32 sogar *höher* ist als die Wahrscheinlichkeit für die Geburt eines ersten Kindes bei kinderlosen Frauen, eines zweiten Kindes bei Frauen mit einem Kind und eines dritten Kindes bei Frauen mit zwei Kindern.¹³ Die wirksamste Maßnahme für eine Steigerung der Geburtenrate ist deshalb die Verringerung der lebenslangen Kinderlosigkeit. Dessen ungeachtet besteht bei kinderreichen Familien eine besondere Dringlichkeit zur Beseitigung ihrer besonderen Benachteiligung und zu ihrer Unterstützung (s. Abschnitt III).

Wesentlich ist, dass Maßnahmen zur Erhöhung der Geburtenrate nach der Kinderzahl der Zielgruppe differenziert und in ihrer Art und Intensität unterschiedlich ausgestaltet werden, wobei den Maßnahmen für die Zielgruppe der (noch) Kinderlosen die größte Bedeutung zukommt. Dieser entscheidende Grundsatz jeder Familien- und Demographiepoltik blieb bisher in Deutschland völlig unbeachtet; es kann daher nicht verwundern, dass die Wirkungen der familienpolitischen Maßnahmen auf die Geburtenrate bisher außerordentlich gering waren.

Jede Maßnahme zur Erhöhung der Geburtenrate hat bei den beiden Gruppen von Menschen mit bzw. ohne Kinder nachweisbar unterschiedliche Wirkungen. Ich habe beispielsweise die Auswirkungen des in Deutschland 1986 eingeführten

Erziehungsgeldes sowie die Auswirkungen der Anerkennung von Erziehungszeiten in der Rentenversicherung der Eltern auf die Geburtenrate bei bestimmten Frauenjahrgängen empirisch analysiert und dabei festgestellt:

- (1) Die Wirkungen dieser Maßnahmen auf die Geburtenrate waren umso größer, je mehr Kinder die betreffenden Frauen bereits hatten.
- (2) Die Wirkungen hielten nur wenige Jahre an, danach waren sie nicht mehr empirisch nachweisbar.
- (3) Bei (noch) kinderlosen Frauen (und Männern) hatten die Maßnahmen überhaupt keine empirisch nachweisbare Wirkung auf die Wahrscheinlichkeit für den Übergang in die Elternschaft durch die Geburt des ersten Kindes.

Neue familienpolitische Maßnahmen werden von der Bevölkerung meist schon nach wenigen Jahren als etwas Selbstverständliches empfunden, ihre Wirkung erwies sich in allen Ländern, für die derartige Untersuchungen vorliegen, nur von kurzer Dauer. In der früheren DDR, die in den 1970er Jahren eine Reihe von geburtenfördernden Maßnahmen einführte, stieg die Geburtenzahl pro Frau in der ersten Hälfte der 1970iger Jahre zunächst sprunghaft an, fiel aber in den 1980iger Jahren wieder auf das frühere Niveau zurück. Ähnliche Erfahrungen wurden auch in anderen Ländern des früheren Ostblocks und in westeuropäischen Ländern gemacht.

Wie oben dargestellt, ist die Geburtenrate in Ländern mit hoher wirtschaftlicher Dynamik und hohem Lebensstandard am niedrigsten. Dies beruht auf den Widersprüchen zwischen den Anforderungen an die Individuen zu ständiger Mobilität und Flexibilität einerseits und den Tugenden der Bindungstreue und der verantworteten Elternschaft andererseits. Um diese Widersprüche zu entschärfen, sollte – neben allen anderen demographie- und familienpolitischen Maßnahmen für eine bessere Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Familienarbeit, die ich in meinem letzten Buch dargestellt habe¹⁴ - die Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik durch Einführung eines neuen Handlungsprinzips neu ausgerichtet werden: In Deutschland werden jedes Jahr viele Millionen Arbeitsplätze neu besetzt, dabei sollten *unter den fachlich gleich gut qualifizierten Bewerbern* diejenigen Vorrang genießen, die Kinder erziehen und Familienlasten tragen.

Dieses Vorrangprinzip widerspricht *nicht* dem Gleichheitsgrundsatz der Verfassung, denn der Gleichheitsgrundsatz fordert nicht alles gleich zu behandeln, sondern Gleiches gleich und Ungleiches unterschiedlich. Die vorgeschlagene neue Handlungsmaxime lässt sich zwar rechtlich nur schwer umsetzen, aber das ist nicht entscheidend, denn sie würde dennoch zu sonst nicht erreichbaren Verhaltens- und Bewusstseinsänderungen und zu einer realistischeren Einschätzung der demographischen Voraussetzungen des ökonomischen Erfolgs führen.

Fasst man die Befunde zusammen, so ergibt sich folgendes Fazit: Die Gesellschaft spaltet sich zunehmend in Menschen mit bzw. ohne Kinder. Darin liegt der Hauptgrund für das niedrige Niveau der Geburtenrate in Deutschland. Im Folgenden wird mit den nach Frauenjahrgängen differenzierten Untersuchungen auf der Basis des Mikrozensus 2012, 2016 und 2018 gezeigt, dass die Quote der Kinder-

losen im Durchschnitt der verschiedenen Bevölkerungsgruppen ein Viertel bis ein Drittel beträgt. Dabei deuten die Untersuchungen des Statistischen Bundesamtes auf der Basis der Daten des Mikrozensus von 2016 auf eine Unterbrechung des bisherigen Anstiegs des Indikators der Kinderlosigkeit bei den jüngeren Jahrgängen hin, allerdings nur bei der Gruppe der Akademikerinnen.¹⁵ Es spricht vieles dafür, dass es sich dabei um eine vorübergehende Erscheinung handelt, die zudem auf einer systematischen Verzerrung bei den Antworten auf Fragen nach der Kinderlosigkeit im Mikrozensus beruht, nicht auf realen Verhaltensänderungen.

Im Mikrozensus besteht für die Frage nach der Geburt von Kindern **keine Auskunftspflicht**. Wurde die Befragung mittels eines persönlich geführten Interviews durchgeführt, verweigerten 3 Prozent die Antwort, bei den Selbstausfüllern des Fragebogens waren es 19 Prozent. Dies führt zu systematischen Antwortausfällen, wie das Statistische Bundesamt feststellte, so wird besonders die Kinderlosenquote unterschätzt: *„Die Frauen, die nicht antworten, sind mit hoher Wahrscheinlichkeit überdurchschnittlich häufig kinderlos. Deshalb ist zu vermuten, dass die Kinderlosigkeit durch die fehlenden Angaben im Mikrozensus unterschätzt wird.“* (Statistisches Bundesamt, 2014, „Methodeninformation. Imputation von Werten bei fehlenden Angaben zur Mutterschaft und zur Zahl der geborenen Kinder im Mikrozensus, 2008. S. 3; unveröffentlicht, s. www.destatis.de).

Bei Frauen mit höherer Ausbildung ist die Antwortverweigerung besonders häufig, und die Unterschätzung der Kinderlosigkeit deshalb vermutlich sehr groß. Da der Prozentsatz der Antwortverweigerung bei den jüngeren Jahrgängen etwa fünfmal so hoch ist wie bei den älteren, ist die Kinderlosenquote bei den jüngeren Jahrgängen wahrscheinlich höher als es die Daten des Statistischen Bundesamtes vermuten lassen. Die Behauptung einer Trendwende bei der Kinderlosenquote ist mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit falsch!

Gegen eine Trendwende spricht auch folgende Überlegung: Bei Menschen mit niedrigem Bildungsstand ist die Kinderlosenquote niedriger als bei Menschen mit höherem Bildungsstand. Dies gilt auch für die Gruppe der im Ausland geborenen Zugewanderten. Im Zuge der Flüchtlingskrise 2015 hat sich die Zahl der Zugewanderten so stark wie nie zuvor erhöht, darunter war ein großer Teil von Menschen mit niedrigem Bildungsstand. Dadurch erhöhte sich die Zahl der Menschen mit niedrigem Bildungsstand, so dass die durchschnittliche Kinderlosenquote automatisch abnahm. Diese Verringerung wurde dadurch verstärkt, dass die zugewanderten Frauen mit höherer Bildung im Vergleich zu den Zugewanderten mit niedriger Bildung zwar eine höhere Kinderlosenquote haben (bei der Gruppe mit höherer Bildung sind es 18,6 %, bei der Gruppe mit niedrigerer Bildung 8,3%), aber bei den in Deutschland geborenen Menschen mit höherer Bildung ist die Kinderlosenquote mit 26,3% noch höher als bei den im Ausland geborenen (18,6%). Dies bedeutet, dass der Durchschnitt der Kinderlosenquote in Deutschland infolge der hohen Zuwanderung abgenommen haben muss, was nicht im Widerspruch zu der Beobachtung steht, dass gleichzeitig bei den Akademikerinnen ein leichter (scheinbarer) Rückgang zu verzeichnen ist.

Die Abnahme der Gesamtquote darf also nicht als eine Trendwende des Familienbildungsverhaltens interpretiert werden, wie es der Vizepräsident des Statistischen Bundesamtes behauptete: „Der langjährige Trend zur höheren Kinderlosigkeit ist offenbar gestoppt.“ (s. Pressemitteilung vom 26.7.2017)¹⁶. Diese Aussage wird sich in den kommenden Jahren als ein Irrtum erweisen.

IV. „Systeminterne“ versus „systemexterne“ Reformen des Sozialen Sicherungssystems und die besondere Benachteiligung kinderreicher Familien

Die höchstrichterliche Rechtsprechung stellte fest, dass das umlagefinanzierte Soziale Sicherungssystem bei der Gesetzlichen Pflegeversicherung und – wie vermutet wurde – auch bei der Gesetzlichen Renten- und Krankenversicherung kinderlose Menschen zu Lasten der Familien mit Kindern privilegiert. Der verfassungswidrige Zustand zerstört den sozialen Frieden und stellt die verfassungsmäßige Ordnung als Ganzes in Frage. Dabei hat das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil zur Pflegeversicherung vom 3.4.2001 (und davor schon im sogenannten „Trümmerfrauenurteil“ vom 7.7.1992) eine Beendigung der Privilegien kinderloser Menschen bis 2004 gefordert, was unterblieb.

Grundlage des Urteils zur Pflegeversicherung ist die Feststellung des Gerichts, dass die Erziehung von Kindern als der sogenannte „*generative Beitrag*“ zur Gesetzlichen Pflegeversicherung zu bewerten ist, ohne den die *monetären* Beitragszahlungen keine Versorgung bieten können, weil monetäre Beiträge immer nur von den Kindern, die zu Beitragszahlern nachwachsen, entrichtet werden können. Durch dieses Urteil hat das Bundesverfassungsgericht nicht nur den Weg zur Wiederherstellung der sozialen Gerechtigkeit gegenüber den Familien mit Kindern und zur Wahrung des Gleichheitsprinzips der Verfassung freigemacht, es hat damit zugleich die entscheidende Voraussetzung für die Rückkehr zu einer höheren Geburtenrate geschaffen. Diese historische Chance wurde bisher von der Politik nicht aufgegriffen, sie hat die Auflagen des Urteils bis heute ignoriert.¹⁷

Eine erneute, wichtige Chance für die Neuausrichtung der Politik hätte sich aus dem Rechtsstreit vor dem Bundessozialgericht in Kassel im Herbst 2015 ergeben können. Das BSG hatte folgende Frage zu prüfen: Ist der Vorteil, den Familien mit Kindern in der Gesetzlichen Krankenversicherung auf Grund der sog. beitragsfreien Mitversicherung ihrer Kinder genießen, so beträchtlich, dass eine Kompensation ihrer Erziehungslasten in Form einer Reduzierung ihrer Beitragsätze zur Gesetzlichen Krankenversicherung nicht gerechtfertigt wäre? Das BSG wies in seinem Urteil vom 30.9.2015 das diesbezügliche Begehren der Kläger ab.¹⁸

Die in dem Urteil enthaltene Begründung verstößt gegen die Logik, außerdem zeichnet es sich durch eine bemerkenswerte Unkenntnis bezüglich der von den Klägern dargelegten Sachverhalte aus. Die Kläger haben gegen das Urteil eine Anhörungsrüge mit dem Ziel des Wiedereintritts in die mündliche Verhandlung erhoben. Begründung: Das Gericht verletzte den Anspruch der Kläger auf rechtliches Gehör in entscheidungserheblicher Weise, indem es die Sachargumente der Kläger ignorierte. Wegen der allgemeinen Bedeutung des Sachverhalts sollen hier die wesentlichen Kritikpunkte an dem Kasseler Urteil zusammengefasst werden:

1) Die Richter ignorierten in ihrem Urteil die Tatsache, dass Familien aus der beitragsfreien Mitversicherung ihrer Kinder in der Gesetzlichen Krankenversicherung gar keine Vorteile gegenüber kinderlosen Menschen ziehen können, weil die beitragsfreie Gesundheitsversorgung allen Kindern zugute kommt, und zwar auch jenen, die in ihrem späteren Leben selbst keine Kinder haben. Da die kinderlosen Menschen in ihrer Lebensphase als Kinder und Jugendliche die gleichen Vorteile genossen haben wie die Menschen, die später eigene Kinder hatten, entbehrt die Behauptung einer Besserstellung durch die beitragsfreie Mitversicherung jeder Grundlage.

Warum wurde dieser wichtige Punkt in der gesamten bisherigen Diskussion übersehen? Es liegt vermutlich daran, dass der Vergleich zwischen zwei Personen A und B, bei denen A Kinder hat und B kinderlos ist, zu einem Zeitpunkt im Lebenslauf von A angestellt wird, bei dem sich A in der Phase der Elternschaft befindet, also Kinder hat. Würde der Vergleich in einem früheren Zeitpunkt durchgeführt, wenn weder A noch B Kinder haben, bzw. in einer späteren Phase des Lebenslaufs, in der die Kinder von A schon selbständig sind und die Lebensgemeinschaft mit A schon verlassen haben, wäre offensichtlich, dass weder A noch B von der beitragsfreien Mitversicherung der Kinder profitieren können, zumal die beitragsfreien Leistungen der Krankenversicherung ohnehin nicht der Person A bzw. nicht den Eltern zugute kommen, sondern deren Kindern.

Es ist also wichtig, dass bei dem Vergleich die Lebensläufe der miteinander verglichenen Personen zugrunde gelegt und nicht nur bestimmte Zeitpunkte im Lebenslauf herausgegriffen werden. Wird der Vergleich zu einem willkürlich gewählten Zeitpunkt im Lebenslauf durchgeführt, hängt das Ergebnis vom gewählten Zeitpunkt ab. Hier wird die große Bedeutung eines methodisch korrekten Vorgehens deutlich: Unkorrektheiten und Nachlässigkeiten in Methodenfragen führen bei Schlussfolgerungen in der späteren Argumentation zu Fehlern, die dann nicht mehr rückholbar sind. Die inhaltliche Bedeutung methodisch bedingter Fehler kann gar nicht überschätzt werden, hier sind sie von einer Tragweite, bei der sich der Begriff „historisch“ kaum vermeiden lässt.

2) Ein weiteres wichtiges Beispiel für die Bedeutung von Methodenfragen zeigt sich in dem Kasseler Urteil bei der Frage, ob und wie sich die Höhe der Pro-Kopf-Gesundheitsausgaben nach dem Alter der Menschen unterscheidet und welche Schlüsse gegebenenfalls daraus zu ziehen sind. Es ist in der Fachwelt unstrittig, dass die Pro-Kopf-Ausgaben für die Gesundheit bei älteren Menschen – je nach

der Behandlungsart – rund 10- bis 20mal höher sind als bei jüngeren.¹⁹ Trotzdem wurde diese Tatsache vom Bundessozialgericht in der Urteilsfindung nicht zur Kenntnis genommen, und es bestritt sogar ausdrücklich, dass ältere Menschen höhere Gesundheitsausgaben verursachen, indem es das „allgemeine Ausgabenvolumen“ der Krankenkassen für die beiden Altersgruppen der unter 65-jährigen und der ab 65-jährigen miteinander verglich. Das allgemeine Ausgabenvolumen für Ältere und für Jüngere ist etwa gleich groß. Aber dies beruht darauf, dass die Gruppe der unter 65-jährigen rund viermal so groß ist wie die Gruppe der ab 65-jährigen (s. Urteil v. 30.9.2015, Abschnitt Nr. 67). Das ist so, als würde jemand behaupten, dass die Unternehmer in Deutschland weniger verdienen als Lohnabhängige, weil die Summe der Unternehmens- und Vermögenseinkommen (766 Mrd. Euro) niedriger ist als die Summe der Arbeitsentgelte der abhängig Beschäftigten (1669 Mrd. Euro). Die Gruppe der Unternehmer ist jedoch zahlenmäßig wesentlich kleiner als die Gruppe der Lohnabhängigen, und nur deshalb ist ihr Anteil am Volkseinkommen mit 31,5 Prozent deutlich niedriger als der Anteil der Nichtselbständigen mit 68,5 Prozent.

Wegen der altersbedingt höheren Ausgaben decken die Einzahlungen in die Gesetzliche Krankenversicherung bei älteren Menschen bei weitem nicht ihre benötigten Gesundheitsausgaben. Die Differenz wird von den Beitrags- bzw. Steuerzahlungen der nachrückenden jüngeren Menschen ausgeglichen, also von den Nachkommen jener Menschen, die Kinder – die späteren Beitragszahler – großgezogen und den „*generativen Beitrag*“ zur Krankenversicherung geleistet haben. Auf diese Weise profitieren die kinderlos gebliebenen Menschen im Alter von Beitragszahlern, ohne deren Erziehungslasten mitgetragen zu haben. Dabei ist die höhere steuerliche Belastung der Kinderlosen von vergleichsweise geringem Gewicht, zumal Eltern zusätzlich auch in der Renten- und Pflegeversicherung benachteiligt sind, wie u.a. M. Werding in einer Studie gezeigt hat.²⁰ Außerdem muss hier die Tatsache berücksichtigt werden, dass der größte Teil der Steuern von Menschen mit Kindern entrichtet wird, denn auf sie entfallen rund drei Viertel der Bevölkerung.

Wie hier am Beispiel der Gesundheitsleistungen dargestellt wurde, kommen *ausnahmslos alle* Menschen in ihrer Lebensphase als Kinder in den Genuss der Vorteile der Familienförderung. Die so genannten „Fördermilliarden“ für Familien werden jedoch üblicherweise allein den Familien als Vorteile angerechnet, obwohl allen Menschen in ihrer Kindheitsphase der gleiche Nutzen aus der Familienförderung zuteil wurde. Wenn diese Überlegung berücksichtigt wird, löst sich die in der Öffentlichkeit diskutierte sagenhafte Summe von jährlich 200 Milliarden Euro Förderleistungen für Familien in Nichts auf. Im Übrigen ist die Summe von 200 Milliarden Euro pro Jahr völlig überhöht, denn in Wahrheit sind es nur rund 50 Milliarden Euro, wie sogar das Familienministerium eingeräumt hat, das die Zahl von 200 Milliarden Euro in die Welt setzte.²¹

Die Familien bilden keine homogene Gruppe, ihre Benachteiligung unterscheidet sich je nach der Kinderzahl besonders stark. Kinderreiche Familien leiden unter einer dreifachen, kumulativ wirkenden Belastung:

- *Erstens*: Bei kinderreichen Familien haben die Verbrauchsausgaben einen überdurchschnittlich hohen Anteil an den Gesamtausgaben, daher ist ihre Belastung durch die Mehrwertsteuer besonders hoch. Das gleiche gilt für die Energiesteuern, die Kfz-Steuer u. a. Verbrauchssteuern. Verbrauchssteuern haben lineare Steuersätze. Auch die Beitragssätze des Sozialen Sicherungssystems sind nicht nach der Einkommenshöhe gestaffelt. Daher entfalten sie Umverteilungswirkungen zu Lasten der Familien, die nicht wie bei der Lohn- und Einkommensteuer durch progressive Steuersätze gemildert werden.

„Verbrauchssteuern haben für die Politik den großen Vorzug, dass der Staat den Bürgern nicht mit einem Steuerbefehl gegenübertritt und treten muss, gegen den sie sich bei den Gerichten bis nach Karlsruhe wehren können, sondern er sich in den Güterpreisen versteckt und den Bürgern von hinten ins Portemonnaie greifen kann.“²²

- *Zweitens*: Auch die Nachteile, die die indirekten, sogenannten „Opportunitätskosten von Kindern“ bewirken, sind bei kinderreichen Familien wesentlich höher. Diese Nachteile treten nicht in Form von Geldausgaben in Erscheinung, sondern ergeben sich indirekt aus den entgangenen Einkommen der Eltern, insbesondere der Mütter, die ihre Kinder selbst erziehen und aus diesem Grund nicht in gleicher Weise wie kinderlose Menschen eine außerhäusliche Erwerbstätigkeit ausüben können. Wenn beispielsweise eine Frau mit guter Ausbildung pro Jahr 50 000 Euro verdienen könnte, aber auf dieses Einkommen wegen ihrer Familienarbeit verzichten muss, entgeht ihr bei der Erziehung von drei oder mehr Kindern in 20 Jahren ein sonst mögliches Einkommen in Höhe von einer Million Euro. Eine solche Benachteiligung durch finanzielle Transfers aus dem Steueraufkommen zu finanzieren, wäre unmöglich.

- *Drittens*: Das Umlageverfahren der Gesetzlichen Rentenversicherung beruht auf dem Gedanken des Drei-Generationenvertrages: Von den eingezahlten Rentenbeiträgen wird nichts zurückgelegt, sämtliche Einzahlungen eines bestimmten Jahres werden im gleichen Jahr für die Finanzierung der Renten der jetzigen Rentner verwendet, also für die Eltern der jetzigen Beitragszahler, nicht für deren eigene Renten (Umlageverfahren). Kinderreiche Eltern sind dadurch in besonderer Weise benachteiligt, dass ihre Familien- und Erziehungsarbeit in der Gesetzlichen Rentenversicherung zu wenig berücksichtigt wird. Durch die Beitragszahlungen der von ihnen erzogenen Kinder tragen sie jedoch besonders viel zur Funktionsfähigkeit der Gesetzlichen Rentenversicherung bei. Aber infolge ihrer meist geringeren Erwerbstätigkeit erwerben sie niedrigere Rentenansprüche als Menschen ohne Nachkommen. Dabei gilt das sogenannte „Äquivalenzprinzip“: Die Beitragszahlungen aus hohen Einkommen aufgrund von Erwerbsarbeit führen zu entsprechend hohen Renten. Beim Äquivalenzprinzip werden die Leistungen der Eltern in Form von Familienarbeit in keiner Weise berücksichtigt. Diese Art der Anwendung des Äquivalenzprinzips wirkt sich privilegierend für Menschen ohne Nachkommen aus. Die Nachteile für die Familien können später durch Einführung einer „Lebensleistungsrente“ u. ä. nicht mehr geheilt werden.

Die umlagefinanzierte Gesetzliche Rentenversicherung in Deutschland ist nicht nur das stabilste und sicherste, sondern auch das gerechteste Rentensystem, wenn folgende beiden Voraussetzungen erfüllt sind:

- Erstens müsste die Geburtenrate im Durchschnitt rund zwei Kinder pro Frau betragen. In Deutschland liegt sie seit Jahrzehnten in einem Intervall um 1,4. Die Bevölkerungsalterung beruht in erster Linie auf der niedrigen Geburtenrate. Dies hat zur Folge, dass die Zahl der Beitragszahler in den drei Versicherungssystemen dauernd schrumpft (Momentum der Bevölkerungsschrumpfung) und die der zu versorgenden älteren Menschen dauernd wächst. Dadurch wird nicht nur die Gesetzliche Rentenversicherung funktionsunfähig, sondern auch die Kranken- und Pflegeversicherung. Die Defizite zwischen Ausgaben und Einnahmen müssen dann in allen drei Teilsystemen durch steuerfinanzierte, mit der steigenden Alterung wachsenden Zuschüsse ausgeglichen werden. Der Alterungsprozess kann nicht mehr gestoppt werden, weil sich weder die niedrigen Geburtenraten der Vergangenheit noch das vorprogrammierte Wachstum der Zahl der Älteren ändern lassen. Selbst wenn die Geburtenrate wieder merklich ansteige und noch deutlich mehr jüngere Menschen aus dem Ausland zuwandern würden, wäre die demographische Alterung unaufhaltsam, was nicht nur meine eigenen Prognosen²³ belegen, sondern auch die aller anderen Demographen, einschließlich die des Statistischen Bundesamtes.²⁴

- Zweitens: Wenn die Kinderzahl pro Frau *nur im Durchschnitt* bei zwei liegt, wobei die eine Hälfte der Gesellschaft vier Kinder pro Frau hat und die andere kinderlos bleibt, dann ist zwar die erste Bedingung erfüllt, d.h. die Geburtenrate beträgt zwei Kinder pro Frau, und die Schere zwischen der Zahl der Beitragszahler und der Ruheständler öffnet sich nicht, so dass die Funktionsfähigkeit des Sozialversicherungssystems erhalten bleibt. Aber dann ist das Gleichheitsprinzip der Verfassung bzw. das Gerechtigkeitsziel verletzt, weil die Menschen ohne Nachkommen im Alter von den Nachkommen anderer Menschen mitversorgt werden, und zwar unbeschadet der Belastung der Kinderlosen durch Maßnahmen wie höhere Steuersätze u. ä., und unbeschadet der Tatsache, dass manche Menschen freiwillig, andere gegen ihren Willen infolge von Schicksalsschlägen kinderlos bleiben.

Eine Gesellschaft, bei der die eine Hälfte der Bevölkerung im Alter zu Lasten der anderen, insbesondere der kinderreichen Familien, versorgt würde, hätte vor der Verfassung keinen Bestand. Deutschland steuert durch den hohen und wachsenden Anteil kinderloser Menschen auf eine solche Gesellschaft zu. Nach der amtlichen Statistik bleiben rund ein Fünftel der Menschen zeitlebens kinderlos, aber die Kinderlosenquote des Statistischen Bundesamtes ist, wie oben gezeigt wurde, systematisch unterschätzt, es sind wahrscheinlich mindestens ein Viertel. Die Quote steigt weiter, denn die Ursachen, auf denen sie beruht – die Gründe des Geburtenrückgangs – bleiben in Kraft.²⁵

Ohne „systeminterne“ Reformen kann das Soziale Sicherungssystem nicht verfassungsfest reformiert werden. Die Mängel in der Urteilsfindung und -begrün-

derung des Bundessozialgerichts setzten sich in Reformfehlern fort. Die für Reformen benötigten Finanzmittel würden z.B. in erster Linie von den Familien aufgebracht, weil sie den zahlenmäßig größten Anteil an der Bevölkerung und an den Steuerzahlern haben. Eine steuerfinanzierte „systemexterne“ Lösung würde die verfassungsferne Situation weiter verschärfen. Aber nicht nur aus monetärer, auch aus realer Sicht wäre eine solche Lösung nicht praktikabel: Kranke und pflegebedürftige Menschen sind auf Ärzte, Pflegekräfte und auf die Unterstützung durch Angehörige angewiesen, die geboren, erzogen und ausgebildet werden müssen, um die Leistungen erfüllen zu können.

V. Demographische Auswirkungen in Lebensbereichen außerhalb des Sozialen Sicherungssystems

Welches politische Ziel könnte sinnvoller sein als die Erfüllung des Verfassungsprinzips der Gleichheit aller vor dem Gesetz? Damit könnte gleichzeitig eine nachhaltige, den Wohlstand langfristig sichernde Bevölkerungsentwicklung eingeleitet werden. Statt Maßnahmen zur Erhöhung der Geburtenrate auch nur in Erwägung zu ziehen, kompensiert die Politik die im Inland fehlenden Geburten durch Einwanderungen aus dem Ausland. Dies führte dazu, dass die jährliche Zahl der Zuwanderungen seit Jahrzehnten die gleiche Größenordnung hat oder sogar meist größer ist als die jährliche Geburtenzahl im Inland (**Tabelle 2**).

Tabelle 2: Zahl der Lebendgeborenen und der Zuwanderungen aus dem Ausland, 1965 bis 2018

Jahr	Lebendgeborene	Zuwanderungen
1965	1 325 386	791 737
1970	1 047 737	1 042 760
1975	782 310	429 064
1980	865 789	736 362
1985	813 803	480 872
1990	905 675	1 256 234
1995	765 221	1 147 999
2000	766 999	841 158
2005	685 795	707 352
2010	677 947	798 282
2015	737 575	2 136 954
2018	787 523	1 585 112

Quelle: Statistisches Bundesamt (www.destatis.de),
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit; Eheschließungen, Geborene und Gestorbene 1946 - 2018,
 Wiesbaden 2020;
Genesis, Tabelle 12711-0003.

Auch bei der zugewanderten Bevölkerung liegt die Geburtenrate, wie dargestellt, unter dem für die Bestandserhaltung erforderlichen Niveau von rund zwei

Kindern pro Frau, deshalb würde auch die Gruppe der Zugewanderten ohne immer neue Zuwanderungen schon nach etwa 10 Jahren, wenn die Wirkungen ihrer jungen Altersstruktur ausgeklungen sind, ebenfalls zu sinken beginnen. Da nicht geborene Eltern keine Kinder haben, ist der Abwärtstrend ein sich selbst tragender Prozess, durch den Deutschland von Jahrzehnt zu Jahrzehnt immer stärker von Zuwanderungen abhängig wird. Deutschland kann jetzt schon nicht mehr wählen, ob es ein Einwanderungsland sein will oder nicht. Trotzdem lehnen alle im Bundestag vertretenen Parteien eine Politik zur Geburtenförderung ab - ohne dies öffentlich zu erläutern und zu begründen. Offensichtlich fürchten sie sich davor, mit der nationalsozialistischen Bevölkerungspolitik in Verbindung gebracht zu werden, was zwar als Haltung nur unterstützt werden kann, aber keine Begründung für Untätigkeit ist.

Der frühere Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, *Johannes Rau*, fasste die Haltung der SPD zur Familien- bzw. Bevölkerungspolitik in seinem Plädoyer für die Gründung des Instituts für Bevölkerungsforschung und Sozialpolitik der Universität Bielefeld so zusammen: „Die Aufgabe des Staates ist es nicht, Geburten anzuregen, sondern die Aufgabe des Staates beginnt dann, wenn sich Menschen frei zur Familie und für Kinder entscheiden“. Im Einzelnen stellte er dazu fest:

„Erstens: Die Bevölkerungsentwicklung ist nicht dramatisch...

Zweitens: In diesem Land sollen Eltern frei darüber entscheiden können, ob, wann und wie viele Kinder sie haben wollen. In diesem Bereich hat der Staat nichts zu suchen... Kinder sollen um ihrer selbst willen geboren werden...

Drittens: Wir werden eine aktive Familienpolitik betreiben, ohne jeden Hintergedanken, aber keine Bevölkerungspolitik...

Viertens: Familienpolitik dient dem Wohl der vorhandenen Familien und der heute lebenden Kinder, nicht der zahlenmäßigen Vergrößerung, um irgendeiner fiktiven Bevölkerungszahl zu genügen.

Fünftens: Wir werden und wollen zum Bewusstseinswandel beitragen und weiterhin die Bedingungen für eine kinderfreundliche Gesellschaft schaffen...“²⁶

In Deutschland droht nicht die Gefahr einer an die Nazizeit anknüpfenden „Bevölkerungspolitik“. Behauptungen dieser Art haben den Zweck, jede Art von Geburtenförderung zu verhindern. Aber die Frage ist: Soll die Bundesrepublik Deutschland auf alle Zeit auf eine Demographiepolitik verzichten und damit ein entscheidendes Instrument ihrer Zukunftsgestaltung aus der Hand geben, indem sie nur die Interessen der „...heute lebenden Kinder...“, wie es in dem obigen Zitat heißt, berücksichtigt?

Darf die Gesellschaft es hinnehmen, dass das Unheil der Nazizeit immer noch Auswirkungen entfaltet, indem es das politische Handeln lähmt und dadurch eine

an den Ursachen ansetzende, nachhaltige Gestaltung der demographischen Entwicklung von vornherein verhindert? Politik entfaltet Auswirkungen durch ihr Handeln, aber auch durch ihr Nichthandeln. Die Auswirkungen des demographischen Politikboykotts schaden nicht nur Deutschland, denn mit dem demographisch verursachten, geringer werdenden Wachstum des Sozialprodukts geht auch ökonomisches Potential für die Unterstützung anderer Länder verloren.

Bundeskanzlerin Angela Merkel schweigt zum Thema der niedrigen Geburtenrate, und das Thema Zuwanderungen erledigte sie in einer ihrer letzten Neujahrsansprachen mit einem Satz: „Die Zuwanderung von Menschen ist ein Gewinn für uns alle“. – Der Satz ist falsch, denn einige gewinnen, andere verlieren. Unternehmer profitieren von billigen Arbeitskräften, für die große Zahl der wenig Qualifizierten, zu denen die meisten der schon hier lebenden Migranten gehören, sind die großen, ungesteuerten Zuwanderungen wegen des damit verbundenen steigenden Lohndrucks und erhöhten Arbeitsplatzrisikos der niedrigen Lohngruppen von Nachteil.²⁷ Zusätzliche Staatsausgaben für Zugewanderte haben zwar neben den Wirkungen, die den Zugewanderten direkt zukommen, auch indirekte Wirkungen auf das Bruttosozialprodukt, von denen alle profitieren. Aber auch Ausgaben für die Geburtenförderung würden wie ein Konjunkturprogramm wirken, wobei auch deren indirekte Wirkungen allen zugute kämen, sie wären nicht weniger als die Ausgaben für Zugewanderte ein „Gewinn für uns alle“.

Die hochentwickelten Länder Europas profitieren genauso wenig von Zuwanderungen wie Deutschland. Dies zeigt folgende einfache Überlegung. Nehmen wir an, ein Land strebe ein hohes Pro-Kopf-Sozialprodukt an, weil dies ein hohes Konsumniveau ermöglicht, und weil dann auch die für eine gute Infrastruktur erforderlichen finanziellen Mittel reichlicher sind. Dabei ist das Ziel eines hohen *Pro-Kopf-Sozialprodukts* in jedem Fall erstrebenswerter als das Ziel eines hohen *absoluten Sozialprodukts*.

In einem Gedankenexperiment stellen wir uns vor, dass die Bevölkerung Deutschlands in zwei große Bundesländer X und Y gegliedert sei, wobei im Bundesland X alle Nicht-Migranten zusammengefasst sind, in Bundesland Y alle Migranten. In einer Untersuchung im Auftrag der Bertelsmann Stiftung hat *Holger Bonin* (Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH, Mannheim) den schon bekannten Sachverhalt erneut bestätigt, dass die ausländische Bevölkerung „...im Vergleich zur deutschen Bevölkerung deutlich niedrigere Beschäftigungsraten und Einkommen hat und häufiger Transferleistungen in Anspruch nimmt“.²⁸ Dies bedeutet, dass das Pro-Kopf-Einkommen des Bundeslandes Y niedriger ist als das des Bundeslandes X, und dass auch das Pro-Kopf-Einkommen beider Länder X und Y zusammen umso niedriger ist, je höher der Anteil der Migranten an der Gesamtbevölkerung ist.

Was lässt sich über die Wachstumsraten des Pro-Kopf-Einkommens der verglichenen Länder X und Y sagen? Die Wachstumsrate eines Quotienten wie des Pro-Kopf-Einkommens ist mathematisch gleich der Differenz aus der Wachstumsrate des Zählers minus der Wachstumsrate des Nenners, also: Wachstumsrate des Pro-

Kopf-Einkommens = Wachstumsrate des Sozialprodukts minus Wachstumsrate der Bevölkerung. Die deutsche Bevölkerung in Land X schrumpft infolge ihres Geburtendefizits, ihre Wachstumsrate ist also negativ. Wenn das Sozialprodukt des Landes X beispielsweise mit 1,5 Prozent jährlich zunimmt und die Bevölkerung mit einer Rate von beispielsweise 0,5 Prozent pro Jahr abnimmt, erhöht sich das Pro-Kopf-Einkommen im Land X um 2,0 Prozent pro Jahr.

Die ausländische Bevölkerung des Landes Y wächst jedes Jahr durch neue Zuwanderungen sowie durch ihre Geburtenüberschüsse. Diese Geburtenüberschüsse beruhen auf ihrer jungen Altersstruktur, also nicht auf einer über dem Bestandserhaltungsniveau liegenden Geburtenrate. Die negative Wirkung der unter dem Bestandserhaltungsniveau liegende Geburtenrate auf die Geburtenzahl wird jedoch durch die positive Wirkung der jungen Altersstruktur der Migranten überkompensiert, so dass hier die Zahl der Geburten höher ist als die der Sterbefälle und die zugewanderte Bevölkerung wächst.

Selbst wenn das Sozialprodukt des Landes Y (trotz des wesentlich niedrigeren Qualifikationsniveaus seiner Bevölkerung) ebenfalls mit einer Wachstumsrate von 1,5 Prozent zunähme wie in Land X, dann betrüge die Wachstumsrate des Pro-Kopf-Einkommens von Land Y bei einer Wachstumsrate seiner Bevölkerung von beispielsweise 0,5 Prozent nur 1,0 Prozent, sie wäre also nur halb so hoch wie die des Landes X. Selbst in dem unwahrscheinlichen Fall, dass die Wachstumsrate des Sozialprodukts von Land Y wegen seines Bevölkerungswachstums höher ist als die in Land X, also beispielsweise 2,0 Prozent statt 1,5 Prozent beträgt, wäre die Wachstumsrate des Pro-Kopf-Einkommens kleiner als in Land X, in diesem Fall betrüge sie 1,5 Prozent.

Dies bedeutet: Je mehr Zuwanderungen Deutschland aufnimmt, desto geringer ist das Niveau und die Wachstumsrate des Pro-Kopf-Einkommens. An diesem Ergebnis ändert sich nichts, wenn man annimmt, dass sich in Zukunft das Bildungsniveau der zugewanderten Bevölkerung dem der deutschen annähert, wie das in der Bertelsmann Studie unterstellt wird.

Diese allgemeingültigen Überlegungen wurden durch die Bertelsmann Studie empirisch bestätigt. So hat *Holger Bonin* festgestellt, dass die Bilanz der individuell zurechenbaren, geleisteten und empfangenen Zahlungen an den Staat, der so genannte „Finanzierungsbeitrag“, bei den Deutschen im Durchschnitt pro Kopf höher war als bei den Ausländern: 4.000 € gegen 3.300 € (*Bonin S. 27*).

Bonin stellte ferner fest: „Wählt man die vorausschauende Perspektive der Generationenkonto... haben in der ausländischen Bevölkerung erheblich weniger Jahrgänge eine positive Generationenbilanz als in der deutschen Bevölkerung. Ausländer, die 2012 geboren wurden, werden unter Status-quo-Bedingungen über den gesamten Lebenszyklus hinweg im Gegenwartswert durchschnittlich rund 44.100 € mehr an Transfers erhalten, als sie an Steuern und Beiträgen zahlen. Dagegen erbringen die 2012 geborenen Deutschen einen deutlich positiven Finanzierungsbeitrag zu den öffentlichen Haushalten. Sie zahlen im Lebens-

verlauf durchschnittlich rund 110.800 € mehr an Steuern und Beiträgen, als sie an individuell zurechenbaren Transfers empfangen“ (*Bonin* S. 30).

Gewichtet man die Generationenkonto mit der Bevölkerungsstruktur im Ausgangsjahr, ergibt sich nach *Bonin* ein Finanzierungsbeitrag pro Kopf der deutschen Bevölkerung von 88.500 €, pro Kopf der ausländischen von 22.300 € (*Bonin* S. 32).

In einer weiteren Rechnung berücksichtigt *Bonin* nicht nur die individuell zurechenbaren Zahlungsströme, sondern auch die vom Staat im Durchschnitt pro Kopf eines Bürgers aufgewendeten Allgemeinen Staatsausgaben für Infrastruktureinrichtungen und für Verwaltungsleistungen. Auch in diesem Fall ergibt sich ein Gefälle zugunsten der Deutschen: „Jedes Neugeborene schafft über den ganzen Lebensverlauf gerechnet ein ganz erhebliches Defizit: Bei Ausländerkindern steht ein Kohortendefizit von 196.000 €, bei den Deutschen von immerhin noch 41.100 € zu Buche. Dieselben Werte ergeben sich dem Prinzip nach auch für alle künftig geborenen Generationen, soweit sie sich fiskalisch wie ihre Eltern verhalten werden und der Staat in Zukunft nicht bei den allgemeinen öffentlichen Ausgaben spart“ (*Bonin* S. 36).

Zur Überraschung des Lesers beschließt *Bonin* seine Überlegungen durch eine überraschende Selbstzensur und ein selbst auferlegtes Denkverbot bezüglich der eigenen Berechnungen: „Vor allem darf man daraus nicht schlussfolgern, dass bei einer umfassenden Bilanzierung, welche die fehlende Nachhaltigkeit der gegenwärtigen deutschen Fiskalpolitik mit in Rechnung stellt, die Ausländer eine fiskalische Last für die Deutschen darstellen“. Dass *Bonin* seine Ergebnisse veröffentlicht und in der gleichen Veröffentlichung dazu auffordert, sich von ihnen zu distanzieren, ist ein beispielloser Versuch der Meinungsmanipulation, dem sich die Bertelsmann Stiftung anschließt, indem sie gleich im ersten Satz des Vorworts den Inhalt der Studie in sein Gegenteil verkehrt und behauptet: „*Deutschland profitiert von Zuwanderung*“. Der falsche Satz wird von Politik und Medien gebetsmühlenartig wiederholt. Aber wer diese Ansicht vertritt, wird durch die Bertelsmann Studie nicht bestätigt, sondern widerlegt.

VI. Deutschland hat das Potential für höhere Geburtenraten zur Stabilisierung seines potentiell sichersten und stabilsten Sozialen Sicherungssystem weltweit

Die Stärke der Familien in Deutschland wird verkannt, denn zwei Drittel der Menschen mit Kindern haben seit Jahrzehnten unverändert die ideale Zahl von durchschnittlich zwei Kindern pro Frau. Deutschland hat nur deshalb eine der niedrigsten statt eine der höchsten Geburtenraten Europas, weil ein immer größerer Teil der Bevölkerung lebenslang gar keine Kinder hat. Der Prozentsatz der Kinderlosen an einem Jahrgang erhöhte sich von etwa 5 bis 10 Prozent bei den um

1930 Geborenen bis zum Jahrgang 1970 auf den internationalen Spitzenwert von fast 30 Prozent.

Die Konsequenz sind fünf Problemfelder bzw. Verteilungskonflikte, die ich als die „*fünf demographischen Plagen*“ bezeichne, weil sie Deutschland auf Jahrzehnte hinaus stark belasten werden:

Erstens entstehen durch die wachsenden Versorgungslasten Verteilungskonflikte *zwischen* den alten und jungen Generationen.

Zweitens bestehen weitere Verteilungskonflikte auch *innerhalb* jeder alten und jeder jungen Generation zwischen Menschen mit bzw. ohne Nachkommen, weil die kinderlos gebliebenen Menschen im Alter von den Kindern anderer mit versorgt werden müssen.

Drittens bestehen Konflikte zwischen den demographischen Entleerungsgebieten einerseits und den demographisch wachsenden Landeshauptstädten und Metropolregionen andererseits, die ihre demographischen Defizite durch Zuwanderungen Jüngerer aus den Entleerungsgebieten verringern. Durch den Zustrom aus dem Ausland erhöht sich das demographische Wachstum der Metropolregionen und Landeshauptstädte noch mehr, ohne dass sich die Schrumpfung der Entleerungsgebiete dadurch merklich verringert.

Viertens gibt es Verteilungskonflikte zwischen Menschen mit bzw. ohne Migrationshintergrund, denn Migranten leben auf Grund ihrer im Durchschnitt wesentlich schlechteren schulischen und beruflichen Qualifikationen zu einem viel höheren Anteil von Sozialtransfers.

Fünftens entstehen gravierende Interessenunterschiede zwischen den Ländern im Norden und Süden Europas, denn die Finanzkrise entstand nicht zuletzt aus der Schuldenaufnahme zur Finanzierung der demographischen Lasten der sozialen Sicherungssysteme in den südlichen Ländern mit niedrigen Geburtenraten, vor allem in Griechenland.

Es gibt wirksame Konzepte für eine Demographiepolitik mit demokratischen Zielen und Mitteln, die nicht umgesetzt werden. Das bewusste Nicht-Handeln auf diesem Gebiet wirkt sich wie eine gegen die Familien gerichtete negative Art von „*Bevölkerungspolitik*“ aus. Dies verstärkt die Alterung und perpetuiert die Schrumpfung der nachrückenden und jüngeren Bevölkerungsgruppen. Politiker, die wie der frühere Bundespräsident *Horst Köhler* das demographische Problem als eine „Chance“ oder als „Lösung“ für andere Probleme darstellen, statt für eine Erhöhung der Geburtenrate mittels einer Förderung von Familien mit Kindern einzutreten, führen das Land sehenden Auges in eine Sackgasse.

Horst Köhler forderte in seiner programmatischen Rede zum Auftakt der von ihm konzipierten Reihe der Demographiekonferenzen des Bundespräsidenten (2005 in Berlin) die Öffentlichkeit auf, die Bevölkerungsschrumpfung in Deutschland als

ein Mittel zur Dämpfung des Wachstums der Weltbevölkerung zu betrachten. Damit zeigte er, dass die Geburt von Kindern durch die Politik durchaus als ein „Mittel“ zum Zweck instrumentalisiert wird und keineswegs – wie es in dem zitierten Plenarprotokoll des Landtags von Nordrhein-Westfalen heißt – „um ihrer selbst willen“ betrachtet wird.²⁹ Das von *Horst Köhler* vorgeschlagene Mittel zur Dämpfung des Weltbevölkerungswachstums – nämlich die Schrumpfung der Bevölkerung Deutschlands – ist jedoch völlig ungeeignet, denn die Weltbevölkerung nimmt jedes Jahr um die Bevölkerungszahl Deutschlands zu. Am Wachstum der Weltbevölkerung würde nicht einmal das völlige Verschwinden Deutschlands etwas ändern können, dies würde das Weltbevölkerungswachstum nur um ein Jahr unterbrechen. Anschließend setzte sich das Wachstum fort, als wäre nichts geschehen.

Wichtig ist: Zuwanderungen können nur die Schrumpfung, aber nicht die Alterung der europäischen Gesellschaften stoppen. Das Durchschnittsalter steigt in erster Linie durch die abnehmende Zahl der nachwachsenden Jüngeren, also durch die nicht mehr änderbare Abnahme der Geburtenrate in der Vergangenheit, und erst in zweiter Linie durch den Anstieg der Lebenserwartung. Da die Geburtenrate auch bei den Zuwanderern unter dem für die Bestandserhaltung erforderlichen Niveau von zwei Kindern pro Frau liegt, altert auch die zugewanderte Bevölkerungsgruppe, und sie würde ohne immer neue Zuwanderungen ebenfalls schrumpfen. Die Bevölkerungsabteilung der Vereinten Nationen hat für Deutschland berechnet, dass jedes Jahr netto rund dreieinhalb Millionen Jüngere zuwandern müssten, wenn man dadurch die Alterung - genauer: den Altenquotienten³⁰ - stoppen wollte!³¹

Mit Zuwanderungen können bestenfalls bestimmte Folgen des demographischen Problems wie die Arbeitskräfteknappheit in bestimmten Berufen bekämpft werden, aber an der Verfassungswidrigkeit des Sozialen Sicherungssystems können Zuwanderungen nicht das Geringste ändern - im Gegenteil, durch die Zuwanderung entstehen sogar weitere Ungerechtigkeiten in den Herkunftsländern der Migranten. Denn die Eltern der Migranten haben von den in Deutschland entrichteten Beitrags- und Steuerzahlungen ihrer Kinder gar nichts, sie profitieren nur von den privaten Überweisungen ihrer Kinder. Auf staatlicher Ebene gibt es keine Kompensationszahlung zwischen den Sozialen Sicherungssystemen der Ziel- und Herkunftsländer. Die systematische Kompensation eigener demographischer Defizite durch Zuwanderungen Jüngerer aus anderen, häufig weniger entwickelten Ländern ist realistisch betrachtet eine Art demographischer Kolonialismus, der den Zusammenhalt der Zuzugs- und Herkunftsländer inner- und außerhalb der Europäischen Union untergräbt.

Zugewanderte Arbeitskräfte unterstützen durch ihre Überweisungen in die Heimatländer zwar ihre Angehörigen, und sie erleichtern dadurch den Herkunftsländern das Überleben. Aber dem steht ein immenser Schaden gegenüber, weil dies die Ausbeutung der armen durch die reichen Länder nicht ändert, sondern perpetuiert. Statt Arbeitskräfte in die reichen Länder zu holen, um dort Arbeitsplätze zu besetzen, sollten die Investitionen aus den reichen Ländern in die armen

gelenkt werden, um dort die fehlenden Arbeitsplätze zu schaffen. Dies wäre zudem volkswirtschaftlich für beide Ländergruppen wesentlich vorteilhafter, und die internationale Mobilität des Kapitals ist wesentlich höher und mit geringeren wirtschaftlichen (sowie sozialen und menschlichen) Kosten verbunden als die Mobilität der Arbeitskräfte.

Angesichts der gegenwärtig besonders hohen Zuwanderungen von Flüchtlingen und Asylsuchenden fragen sich viele, ob das demographische Problem Deutschlands jetzt gelöst sei. Natürlich können die hohen Zuwanderungen, falls sie von Dauer sind, Deutschlands Bevölkerungsschrumpfung stoppen oder sogar in ein Wachstum umkehren, wie es zur Zeit geschieht. Allerdings bedeutet dies, dass die demographische wachsenden Metropolregionen und Landeshauptstädte noch schneller wachsen, ohne dass dadurch das Schrumpfen der Entleerungsgebiete gestoppt würde.

Die Zuwanderung ist keine Lösung für das demographische Problem Deutschlands, sie ist vielmehr eine Verschärfung von dessen wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und sozialen Folgen. Denn das Hauptproblem besteht darin, dass das Verhältnis aus der Zahl der zu versorgenden Älteren und der Zahl der Personen im Erwerbsalter (= Altenquotient) auch bei hohen Zuwanderungen jüngerer Menschen in Zukunft mit großer Wahrscheinlichkeit auf mehr als das Doppelte zunimmt³², so dass unsere Sozialen Sicherungssysteme funktionsunfähig werden und das Wirtschaftswachstum erlahmt.

Schaubild 8: Theoretisch erforderliche Nettoeinwanderung nach Deutschland im Zeitraum 2000-2050

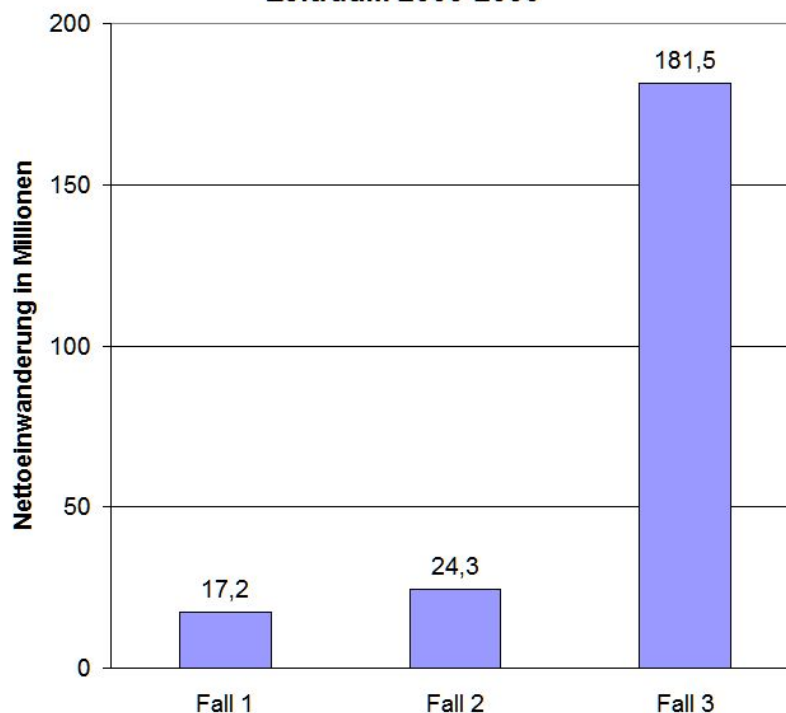


Schaubild: H. Birg 2015.

Daten: UN Population Division, Replacement Migration, New York, 2010

Wie könnte man dieses entscheidende Verhältnis durch die Zuwanderung junger Menschen konstant halten? Dann müssten nach den zitierten Berechnungen der Vereinten Nationen im Zeitraum 2000-2050 rund 182 Millionen Menschen mehr nach Deutschland zuwandern als abwandern, jedes Jahr also netto 3,6 Millionen (**Schaubild 8**, dritte Säule). Diese Menschen mit Arbeitsplätzen zu versorgen, wäre unmöglich, sie würden mehr Probleme schaffen als lösen.

Nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes vom Juli 2016³³ sind 2015 nicht 3,6 Millionen Personen netto zugezogen, sondern "nur" 1,14 Millionen, brutto waren es 2,14 Millionen. Diese Zugezogenen sind zwar jünger als die Einheimischen und senken den demographischen Altenquotienten geringfügig, aber weil sie zu einem wesentlich höheren Prozentsatz erwerbslos sind als die Einheimischen, öffnet sich die Schere zwischen der Zahl der zu Versorgenden und der Zahl der Sozialbeiträge und Steuern zahlenden Erwerbstätigen durch die Zuwanderungen noch weiter, statt sich zu schließen. Fazit: Durch die hohen Zuwanderungen werden sich die negativen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Auswirkungen von Deutschlands Demographieproblem nicht verringern, sondern verstärken.

VII. Fazit

Aus der Sicht des Demographen ist die nachwachsende Generation von extrem hoher Bedeutung für den Bestand unserer generationenübergreifenden Sozialsysteme. Auch die dauerhaft Kinderlosen waren früher als Kinder Mitglieder einer Familie und haben von deren Erziehungsleistung profitiert. Nach ihrer eigenen Erwerbsphase werden die kinderlosen Menschen später - über die Sozialversicherungssysteme - von den Kindern profitieren, die andere Personen derselben Generation als Eltern erzogen haben. Dafür wurde in den Familien auf Erwerbseinkommen verzichtet, und wegen der weitgehenden Einkommensbezogenheit der Altersversorgung haben die Eltern außerdem geringere Alterseinkommen zu erwarten als die Kinderlosen. Eine Gesellschaft, in der rund ein Viertel der Frauen dauerhaft kinderlos bleiben, muss die Ungerechtigkeiten zwischen Kinderlosen und Familien bereits während der Erziehungsphase auch innerhalb der Sozialversicherungen zumindest ansatzweise ausgleichen, sonst setzt sie ökonomisch falsche Anreize. Daher ist die von den Beschwerdeführern vorgeschlagene Freibetragslösung für die kinderzahlabhängige Bemessung der Sozialversicherungsbeiträge ein sinnvoller Ansatz.

VIII. Glossar

Alterung

Das Durchschnittsalter einer Population und dessen Zunahme (= Alterung) wird durch verschiedene Kennzahlen quantifiziert, darunter die →Lebenserwartung, das →Medianalter, der →Altenquotient, die →„Prospective Old Age Dependency Ratio“ (POADR) oder der Anteil der betagten Menschen (80 Jahre und älter), der hochbetagten (90 Jahre und älter) oder der über 100jährigen (Centenarians und →Super-Centenarins).

Altenquotient

Verhältnis aus der Zahl der zu versorgenden älteren Personen in der Altersgruppe 60 und mehr oder alternativ 65 oder 70 und mehr zur Zahl der Personen in der Altersgruppe 20 bis 60 oder alternativ 20 bis 65 oder 20 bis 70. Als untere Altersschwelle wird auch das Alter 15 verwendet. Das Verhältnis wird meistens in Prozent ausgedrückt, indem der Wert des Quotienten mit 100 multipliziert wird.

Altersspezifische Geburtenziffern bzw. -raten

Beispiel: Die Zahl der Lebendgeborenen, die die Frauen im Alter von 30 Jahren in einem bestimmten Kalenderjahr zur Welt bringen, wird durch die Zahl der 30jährigen Frauen dividiert und anschließend mit dem Faktor 100 oder 1000 multipliziert. Eine entsprechende Berechnung wird für jedes andere Alter innerhalb der Altersspanne von 15 bis 50 durchgeführt. Die so erhaltenen 36 altersspezifischen Geburtenziffern dienen zur Berechnung der von den Verzerrungen der Altersstruktur freien Geburtenrate, der → *Total Fertility Rate (TFR)*, die vom Statistischen Bundesamt als „*Zusammengefasste Geburtenziffer*“ bezeichnet wird. Dividiert man die Zusammengefasste Geburtenziffer durch 100 bzw. 1000, ergibt sich die Kinderzahl pro Frau.

Altersspezifische Sterbeziffern bzw. Sterbewahrscheinlichkeiten

Die altersspezifische Sterbeziffer von Personen eines bestimmten Alters in einem bestimmten Kalenderjahr ist gleich der in diesem Alter Gestorbenen, dividiert durch die Zahl der Personen in der entsprechenden Altersgruppe zu Beginn des Jahres. Wird bei der Altersabgrenzung das exakte Alter verwendet (die betrachteten Personen sind nicht nur im gleichen Jahr, sondern am gleichen Tag geboren), spricht man von altersspezifischen *Sterbewahrscheinlichkeiten*.

Bestandserhaltungsniveau der Geburtenrate

Zahl der Lebendgeborenen, die pro Frau entfallen müssen, damit die Bevölkerung ohne Ein- und Auswanderungen unter Berücksichtigung der Sterblichkeit konstant bleibt. In Ländern mit niedriger Sterblichkeit wie Deutschland beträgt das Bestandserhaltungsniveau rd. 2,1 Lebendgeborene pro Frau, in Ländern mit hoher Sterblichkeit kann sie bei über 3 Lebendgeborenen pro Frau liegen.

Bevölkerungsfortschreibung

Rechenverfahren, mit dem die Bevölkerungszahl und Struktur in den Kalenderjahren festgestellt wird, in denen keine Volkszählung stattfand. Die Bevölkerung am Ende des ersten Jahres nach der letzten Volkszählung wird ermittelt, indem zum Ergebnis der Volkszählung die Geburten und Einwanderungen addiert und die Sterbefälle und die Auswanderungen subtrahiert werden, usf. für jedes weitere Jahr bis zur nächsten Volkszählung.

Bevölkerungspolitik

→Demographiepolitik

Bevölkerungsprognose

Vorausberechnung der Bevölkerungsentwicklung durch das Verfahren der →Bevölkerungsfortschreibung. Ausgangspunkt ist die letzte bekannte Bevölkerungszahl. Die Geburten, Sterbefälle sowie die Ein- und Auswanderungen in den Folgejahren werden durch spezielle Prognosemethoden und Annahmen zur Entwicklung der →Fertilität, →Mortalität und →Migration vorausberechnet.

Bevölkerungsschrumpfung, Bevölkerungswachstum

Ist die Summe aus Geburten und Einwanderungen kleiner als die Summe der Sterbefälle und Auswanderungen, schrumpft die Bevölkerung, ist sie größer, wächst sie.

Bevölkerungsstagnation

Ergibt die Summe aus den Komponenten Geburten, Sterbefälle, Einwanderungen und Auswanderungen Null, dann ist die Bevölkerungszahl konstant.

Binnenwanderungen

→Migrationsströme innerhalb eines Landes.

Bruttoreproduktionsrate

→Nettoreproduktionsrate.

Demographiepolitik

Instrumente und Maßnahmen des Staates, mit denen die Zahl und Struktur der Bevölkerung beeinflusst werden sollen, um bestimmte Ziele zu erreichen, beispielsweise um der Bevölkerungsschrumpfung entgegenzuwirken oder um die Altersstruktur zu verbessern. Teilgebiete der Demographiepolitik sind die Fertilitätspolitik und die Migrationspolitik. Die Wirkungen der Gesundheitspolitik, der Familienpolitik, der Sozialpolitik und anderer Politikbereiche lassen sich aus der Perspektive der Demographiepolitik betrachten. Der Begriff Bevölkerungspolitik wird in Deutschland nicht mehr verwendet, Ursache hierfür ist der Missbrauch der Demographie für die Rassenpolitik, Eugenik und Rassenhygiene in der Nazizeit.

Demographisch-ökonomisches Paradoxon

Ein Vorgang, der bei international vergleichenden Analysen der →Fertilitätsentwicklung in nahezu allen Ländern der Welt beobachtet wurde: Je rascher die sozio-ökonomische Entwicklung eines Landes voranschritt und je höher der Lebensstandard (bzw. je niedriger die →Mortalität) war, desto niedriger war die Geburtenrate, gemessen durch die →Total Fertility Rate (TFR) (=Zahl der Lebendgeborenen pro Frau).

Demographischer Wandel

Begriff zur Bezeichnung der Gesamtheit der demographischen Veränderungen einschließlich ihrer Ursachen und Folgen.

Demographisches Gleichgewicht

Zustand einer Bevölkerung ohne Schrumpfung und Wachstum bei Konstanz der Altersstruktur.

Fertilität

Teilgebiet der Fachdemographie zur Untersuchung des Fortpflanzungsverhaltens einer Bevölkerung, das auch als generatives Verhalten bezeichnet wird.

Gebärfähiges Alter

Biologische Altersspanne der Frauen von 15 bis 50, in der - von sehr seltenen Ausnahmefällen abgesehen - alle Kinder zur Welt kommen.

Geburten, Geburtenzahl

Der Begriff „Geburten“ wird meist als abkürzende Bezeichnung für den Ausdruck „Lebendgeborene“ verwendet

Geburtendefizit, Geburtenüberschuß

Übersteigt die Zahl der Sterbefälle die Zahl der Lebendgeborenen, spricht man von Geburtendefizit, im umgekehrten Fall von Geburtenüberschuß.

Geburtenrate

Mit der Geburtenrate soll das Fortpflanzungsverhalten einer Bevölkerung in einer Kennzahl ausgedrückt werden, und zwar unter Ausschaltung des Einflusses der →*Altersstruktur* der Frauen auf die Zahl der Geburten. Je nach dem Anspruch an Genauigkeit unterscheidet man unterschiedliche Definitionen der Geburtenrate.

Die ungenaueste, aber am häufigsten gebrauchte Definition ist die so genannte „*rohe Geburtenrate*“, definiert als Zahl der Lebendgeborenen eines bestimmten Jahres auf 1000 Einwohner. Die Definition ist ungenau, weil der Einfluss der Altersstruktur der Frauen mit dieser Messziffer nicht eliminiert werden kann.

Mit der →*Zusammengefassten Geburtenziffer*, für die sich auch im Deutschen der Ausdruck →*Total Fertility Rate (TFR)* eingebürgert hat, lässt sich der Einfluss der Altersstruktur vollständig eliminieren. Die Total Fertility Rate ist definiert als Summe der 36 →*altersspezifischen Geburtenziffern* innerhalb des →*gebärfähigen Alters* von 15 bis 50. Sie gibt die Zahl der Lebendgeborenen pro Frau an, ohne den verfälschenden Einfluß der Altersstruktur.

Generatives Verhalten

→Fertilität

Jugendquotient

Verhältnis der Zahl der Kinder und Jugendlichen in der Altersgruppe unter 20 zur Zahl der Personen in der Altersgruppe 20 bis 60 oder alternativ 20 bis 65 oder 20 bis 70. Als untere Altersschwelle wird auch das Alter 15 verwendet. Das Verhältnis wird meistens in Prozent ausgedrückt, indem der Wert des Quotienten mit dem Faktor 100 multipliziert wird

Kohorte

In der Regel bedeutungsgleich mit „Geburtsjahrgang“. Beispielsweise werden Untersuchungen der →Fertilitätsentwicklung durch die Betrachtung eines bestimmten Frauenjahrgangs über dessen Lebensverlauf im →Längsschnitt durchgeführt.

Längsschnittsanalyse

Untersuchung der →Fertilität, →Mortalität, →Migration oder anderer demographischer Prozesse auf der Grundlage von Daten im Zeitablauf (= Längsschnittsdaten), im Unterschied zur Analyse mit Daten einzelner Kalenderjahre oder Perioden.

Lebenserwartung, fernere Lebenserwartung

Durchschnittliche Lebensdauer der Individuen einer fiktiven Population von 100.000 Lebendgeborenen, die vom Statistischen Bundesamt aus den in der →Sterbetafel verzeichneten →altersspezifischen Sterbewahrscheinlichkeiten der Männer und Frauen errechnet wird. Man unterscheidet die Lebenserwartung der Neugeborenen von der „ferneren Lebenserwartung“ der Personen, die schon ein bestimmtes Alter erreicht haben.

Medianalter

Jede Bevölkerung lässt sich nach dem Alter in eine jüngere und eine ältere Hälfte teilen, das entsprechende Teilungsalter wird als „Medianalter“ bezeichnet.

Migration, Migrationsprozesse

Veränderung der Zahl und Zusammensetzung einer Bevölkerung eines bestimmten Gebietes durch Ein- und Auswanderungen gegenüber dem Ausland (= Außenwanderungen) oder gegenüber anderen Regionen des selben Landes (= Binnenwanderungen).

Migrationshintergrund

Zur Bevölkerung mit Migrationshintergrund zählen nach der Definition des Statistischen Bundesamtes alle nach 1949 auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland Zugewanderten, sowie alle in Deutschland geborenen Ausländer und alle in Deutschland als Deutsche Geborenen mit zumindest einem zugewanderten oder als Ausländer in Deutschland geborenen

Elternteil. In der neuen Definition wurde das Jahr 1949 durch das Jahr 1955 aktualisiert.

Migrationsströme

Zusammenfassender Ausdruck für Ein- und Auswanderungen bzw. Zu- und Abwanderungen.

Momentum

Mit den Begriffen *Momentum*, *Eigendynamik*, *Trägheit* oder *Schwung der Bevölkerungsentwicklung* wird der Fall einer Bevölkerung bezeichnet, deren Bevölkerungszahl noch vorübergehend weiterwächst, obwohl die Geburtenrate das →bestandserhaltende Niveau der Fertilität schon unterschritten hat. Der spiegelbildliche Fall ist die Fortsetzung der Bevölkerungsschrumpfung, obwohl die Geburtenrate wieder auf ein bestandserhaltendes Niveau gestiegen ist. Das Wachstum ist auf eine junge Altersstruktur zurückzuführen, die Schrumpfung auf eine alte.

Mortalität

Teilgebiet der Fachdemographie zur Untersuchung der Ursachen und Folgen des Sterblichkeitsniveaus einer Bevölkerung.

Nettoreproduktionsrate (NRR)

Die Nettoreproduktionsrate gibt an, in welchem Maß eine Frauen- bzw. Elterngeneration durch ihre Nachkommen ersetzt wird. Sie wird errechnet durch die Zahl der Mädchen, die pro Frau bei einem bestimmten Niveau der Sterblichkeit geboren werden. Ist die NRR größer als 1, wächst die Bevölkerung, ist sie kleiner als 1, sinkt sie, bei einem Wert von 1 ist sie konstant (jeweils ohne Ein- und Auswanderungen). Bei der *Bruttoreproduktionsrate (BRR)* bleibt der Einfluß der Sterblichkeit auf die Geburten unberücksichtigt. Je höher die Mortalität ist, desto mehr liegt die Bruttoreproduktionsrate über der Nettoreproduktionsrate.

Opportunitätskosten von Kindern

Mit dem Begriff Opportunitätskosten von Kindern werden die entgangenen Einkommen einer Frau bezeichnet, die sie hinnehmen muss, wenn sie sich z.B. mangels Betreuungseinrichtungen bei der Wahl zwischen einer Erwerbstätigkeit in der Wirtschaft und der Familienarbeit zugunsten von Kindern entscheidet.

Ordnungsziffer der Geburt

Die Unterteilung der Geburten nach ersten, zweiten, dritten oder weiteren Kindern im Lebenslauf der Mütter dient zur weiteren Differenzierung der →altersspezifischen Geburtenziffern nach der so genannten Ordnungsziffer der Geburt. Aus den *alters- und ordnungsziffernspezifischen Geburtenziffern* lassen sich beispielsweise die Übergangswahrscheinlichkeiten vom Zustand ohne Kinder zur Elternschaft und die Übergangswahrscheinlichkeiten vom ersten zum zweiten Kind, vom zweiten zum dritten usw. berechnen, die für die Analyse der Auswirkungen von Maßnahmen der Familienpolitik auf die →Geburtenrate benötigt werden.

Produktivität der Arbeit

Im volkswirtschaftlichen Produktionsprozeß pro Zeiteinheit erzeugter Wert der menschlichen Arbeit.

Prognose, Prognosefehler

Der Prognosefehler einer →Bevölkerungsprognose ist definiert als Differenz zwischen der vorausberechneten Bevölkerungszahl und der tatsächlichen, in Prozent der tatsächlichen.

Prospective Old Age Dependency Ratio (POADR).

Diese Kennziffer ist eine Variante des →Altenquotienten. Sie ist definiert als die Zahl der Menschen in den Altersgruppen mit einer →Lebenserwartung von 15 oder weniger Jahren, dividiert durch die Zahl der Menschen im Alter von mindestens 20 in den Altersgruppen mit einer Lebenserwartung von mehr als 15 Jahren.

Querschnittsanalyse

Analyse der →Fertilität, →Mortalität →Migration oder anderer demographischer Prozesse mit Daten für bestimmte Zeitpunkte statt mit Daten für Zeitverläufe (→Längsschnittsanalyse).

Stationäre Bevölkerung

→Demographisches Gleichgewicht.

Sterbeziffer bzw. -rate

Zahl der Gestorbenen eines bestimmten Alters und Geschlechts, dividiert durch die Zahl der Personen des gleichen Alters und Geschlechts. Um den Einfluß der Altersstruktur auf die Zahl der Sterbefälle und auf die Sterberate zu eliminieren, verwendet man die →altersspezifischen Sterberaten bzw. die in der →Sterbetafel verzeichneten →altersspezifischen Sterbewahrscheinlichkeiten.

Sterbetafel

Der Hauptzweck der Sterbetafel besteht in der Ermittlung der →Lebenserwartung einer Bevölkerung. Grundlage hierfür sind die in der Sterbetafel verzeichneten →altersspezifischen Sterbewahrscheinlichkeiten.

Timing der Geburten

Zeitliche Verteilung der Lebendgeborenen auf die einzelnen Lebensjahre der Mütter innerhalb des →gebärfähigen Alters eines bestimmten Frauenjahrgangs.

Total Fertility Rate (TFR)

→ Geburtenrate, → Zusammengefasste Geburtenziffer

Wanderungen

→Migration.

Wanderungsbilanz (oder -saldo)

Differenz zwischen der Zahl der Ein- und Auswanderungen.

Wanderungsrate

Die Zuzugsrate ist analog zur Geburtenrate definiert als Zahl der Zuwanderungen auf 1000 Einwohner, die Fortzugsrate als Zahl der Abwanderungen auf 1000 Einwohner.

Zusammengefasste Geburtenziffer

→Total Fertility Rate (TFR).

- ¹ Statistisches Bundesamt, Sterbetafel 2016/18, ferner: Bevölkerung im Wandel, Annahmen und Ergebnisse der 14. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung, Wiesbaden 2019, S.39.
- ² *Birg, H.*: Die demographische Zeitenwende, 4. Aufl. München 2005, S. 78ff.
- ³ *Birg, H.*: Die alternde Republik und das Versagen der Politik. Münster, 2015, 141-151. Ders.: Demographische Stabilität und Generationengerechtigkeit statt kompensatorischer Zuwanderungen, in : ifo-Schnelldienst, Nr. 3, (2015), 18-22. Die mathematische Ableitung des Beweises ist veröffentlicht im Studienbericht im Auftrag der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Demographischer Wandel“, s. *Birg, H./Flöthmann, E.-J.*: Entwicklung der Familienstrukturen und ihre Auswirkungen auf die Belastungs- bzw. Transferquotienten zwischen den Generationen. Forschungsberichte des Instituts für Bevölkerungsforschung und Sozialpolitik der Universität Bielefeld, Bd. 38 (1996), hier 44ff.
Download: <http://pub.uni-bielefeld.de/record/1785189>.
Siehe auch *Feichtinger, G.*: Demographische Analyse und populationsdynamische Modelle – Grundzüge der Bevölkerungsmathematik, Wien, New York, 1979, 203f.
- ⁴ *Birg H./Felber, W./Flöthmann E.-J.*: Arbeitsmarktdynamik, Familienentwicklung und generatives Verhalten – Eine biographietheoretische Konzeption für Untersuchungen demographisch relevanter Verhaltensweisen. Band 16 der Materialien des Instituts für Bevölkerungsforschung und Sozialpolitik, Universität Bielefeld (1984). *Birg, H./Flöthmann, E.-J./Reiter, I.*: Biographische Theorie der demographischen Reproduktion, Frankfurt a.M., New York, 1991.
- ⁵ Zur Begründung des demographisch-ökonomischen Paradoxons als Teil der biographischen Theorie der Fertilität siehe: *Birg, H.*: Die demographische Zeitenwende, München, 2001, Kapitel 3 bis 5.
- ⁶ www.destatis.de -Bevölkerung, -Geburten;
www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2020/01/PD20_022_12411.html
- ⁷ Statistisches Bundesamt(Hrsg.): Bevölkerung im Wandel, Annahmen und Ergebnisse der 14. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung, Wiesbaden 2019, S. 32.
- ⁸ *Birg H.*: Die alternde Republik und das Versagen der Politik, a.a.o., Kapitel 3.3, 42-51.
- ⁹ Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Geburtentrends und Familienstatus in Deutschland, Wiesbaden, 2013, Tabellen 1.3 und A1. Ferner: Statistisches Bundesamt(Hrsg.): Kinderlosigkeit, Geburten und Familien, Ergebnisse des Mikrozensus 2016, Wiesbaden 2018, Tabelle 3.3.
- ¹⁰ *Hochgürtel, T.*: Familiengründung und Erweiterung im Kohortenvergleich. In: Statistisches Bundesamt (Destatis), WISTA, 6/2017, S. 72.
- ¹¹ *Birg H., Filip D. und Flöthmann, E.-J.*: Paritätsspezifische Kohortenanalyse des generativen Verhaltens in der Bundesrepublik Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg. In: IBS-Materialien, Band 30, Bielefeld 1990, S. 27f.
Download: <http://pub.uni-bielefeld.de/record/1782335>.
- ¹² *Bujard, M., Sulak, H.*: Mehr Kinderlose oder weniger Kinderreiche?. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpädagogik. Online publiziert, 9. August 2016.
- ¹³ Zur empirischen Wirkungskontrolle familienpolitischer Maßnahmen siehe *Birg H.*: Die demographische Zeitenwende, a.a.O.,78f.
- ¹⁴ *Birg H.*: Die alternde Republik und das Versagen der Politik, Kapitel 8.5, S. 203ff.
- ¹⁵ Statistisches Bundesamt (hrsg.): Kinderlosigkeit, Geburten und Familien, Ergebnisse des Mikrozensus 2016. Ausgabe 2017, Wiesbaden 2019.
- ¹⁶ <https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressekonferenzen/2017/Mikrozensus-2017/pm-mikrozensus.html>
- ¹⁷ Die Anhebung der Beitragssätze zur Pflegeversicherung für Kinderlose stellt keine Umsetzung des Urteils dar, denn sie ist zum einen zu gering, um wirksam zu sein, zum anderen ungerecht, denn die höheren Beiträge müssen auch von den Kinderlosen entrichtet werden, die später Kinder zur Welt bringen, ohne dass diese Eltern die höheren Beiträge später zurück erhalten.
- ¹⁸ Über das Urteil berichtet die Pressestelle des Bundessozialgerichts im Terminbericht Nr. 42/15 vom 1.10.2015.
- ¹⁹ *Niehaus F.*: Auswirkungen des Alters auf die Gesundheitsausgaben, Wissenschaftliches Institut der Privaten Krankenkassen (Version2), 2006. Ders.: Die Situation der Familien in der Gesetz-

lichen Krankenversicherung. Vortrag auf der Fachtagung des Familienbundes der Katholiken, Mannheim 23.3.2013.

²⁰ Zur Benachteiligung der Familien mit Kindern beispielsweise in der Gesetzlichen Rentenversicherung siehe *Werding, M.*: Familien in der gesetzlichen Rentenversicherung: Das Umlageverfahren auf dem Prüfstand. Bertelsmann Stiftung, Gütersloh 2015.

²¹ Der Deutsche Familienverband hat in einer Studie nachgewiesen, dass es sich bei Dreiviertel der 200 Milliarden um gar keine Familienförderung i.e.S. handelt. Dies wird sogar vom Familienministerium eingeräumt: „Nur 55,4 Milliarden € und damit nur ein gutes Viertel des Gesamtpakets sind laut Ministeriumsrechnung Familienförderung im engeren Sinne“. Deutscher Familienverband (Hrsg.): Was steckt hinter den Fördermilliarden für Familien?, Berlin 2014, S. 2. www.deutscher-familienverband.de.

²² *Borchert, J.*: Sozialstaatsdämmerung. München 2013, S. 123

²³ *Birg, H. u. Flöthmann, E.-J.*: Demographische Projektionsrechnungen für die Rentenreform 2000 – Methodischer Ansatz und Hauptergebnisse, Bände 47A und 47B, Materialien des Instituts für Bevölkerungsforschung und Sozialpolitik der Universität Bielefeld, 2001.

²⁴ Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Bevölkerung im Wandel, Annahmen und Ergebnisse der 14. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung, Wiesbaden 2019. Schaubild 10, S. 28.

²⁵ *Birg, H., Flöthmann, E.-J. und Reiter, I.*: Biographische Theorie der demographischen Reproduktion. Frankfurt, New York, 1991.

²⁶ Landtag Nordrhein-Westfalen, Drucksache 8/5110 vom 29.10.1979. Antwort der Landesregierung auf die große Anfrage 22 der Fraktion der CDU (Drucksache 8/3922). Plenarprotokoll 8/123, S. 8326 und 8330.

²⁷ *Sinn, H.-W.*: Ökonomische Effekte der Migration. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29.12.2014, Nr. 301, S. 18. Ders.: Warum die Zuwanderung die Staatskasse belastet. FAZ.NET, 2.1.2015

²⁸ *Bonin, H.*: Der Beitrag von Ausländern und künftiger Zuwanderung zum deutschen Staatshaushalt. http://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/28_Einwanderung_und_Vielfalt/Bonin_Beitrag_Zuwanderung_zum_dt_Staatshaushalt_141204_n.pdf.

²⁹ Rede von Bundespräsident *Horst Köhler* bei der Konferenz „Demographischer Wandel“ am 6. Dezember 2005 in Berlin. In: Bundespräsidialamt, Pressemitteilung vom 6.12.2005, S. 5. Warum die zitierte Stelle, die in der schriftlichen, vor der Rede verteilten Pressemitteilung enthalten ist, in der späteren amtlichen Dokumentation der Rede sorgsam eliminiert wurde, ist rätselhaft. Könnte es vielleicht mit meiner in der Diskussion nach der Rede geäußerten Kritik zusammenhängen?

³⁰ Altenquotient = Verhältnis aus der Zahl der über 65jährigen zur Zahl der 15 bis 64jährigen.

³¹ United Nations Population Division, Replacement Migration: Is It a Solution to Declining and Ageing Populations? New York 2011. S. Siehe die Tabelle 1 in: *Birg, H.*: Strategische Optionen der Familien- und Migrationspolitik in Deutschland und Europa, in: *Leipert, Chr.*: Demographie und Wohlstand, Opladen, 2003, 36.

³² Bei dieser Betrachtung spielt neben der Größe der Altersgruppen auch der Prozentsatz der Erwerbstätigen an der jeweiligen Altersgruppe (= Erwerbsquote) eine entscheidende Rolle. Da die Erwerbsquote der Zugewanderten deutlich niedriger ist als die der Einheimischen, nimmt der so differenzierte Altenquotient besonders stark zu.

³³ https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2016/07/PD16_246_12421.html